

## Telegraphische Depeschen.

**\* Stuttgart, 14. Febr.** Dem Vernehmen nach hat sich die königliche Centralstelle für Landwirtschaft in ihrer gestrigen Sitzung für die Einführung von Kornzöllen ausgesprochen.

**\* Karlsruhe, 14. Febr. II. Kammer:** In Beantwortung der Interpellation betreffend die Vorlage über die Strafgewalt des Reichstags erklärte Staatsminister Turban: Eine Regelung der Angelegenheit sei notwendig, die Regierung habe ursprünglich aber die Ansicht gehabt, daß die Regelung der Initiative des Reichstages zu überlassen sei. Der principielle Einwand sei indessen fallen gelassen worden, nachdem das Unannehmliche aus dem Gesetzentwurf entfernt worden sei.

**\* Teplitz, 14. Febr.** Die vom Ministerium zur Untersuchung des Standes der Kohlengruben von Dur und Dffegg und der hiesigen Heilquellen abgeordneten Geologen, Professor Laube und Berggrath Wolff, sprachen nach eingehender Prüfung sich dahin aus, daß der gesunkene Urquell dem Stadtbade nicht verloren, vielmehr baldige Aussicht auf Wiederherstellung der frühern Leistungsfähigkeit vorhanden sei. Der Wasserstand in den Kohlengruben von Dur und Dffegg ist noch im Steigen begriffen. (Wiederholt.)

**\* Dresden, 14. Febr.** Nach dem Dresdner Journal ist gestern infolge der Dffegger Katastrophe in Teplitz die Urquelle versiegt, welche das Stadtbad, das Fürstebad, das Herrenhaus-Kaiserbad und das Sophienbad speist. Das Steinbad und Stephansbad sowie die schäner Quellen sind unberührt geblieben. (Wiederholt.)

**\* Prag, 13. Febr.** Die Leichen der in der Grubenkatastrophe von Dffegg ertrunkenen 23 Arbeiter wurden bisher nicht aufgefunden. Sechzehn waren verheiratet und hinterlassen 53 Kinder. Man vermutet, daß die an der Teplitzer Straße gelegene thermische Kieselquelle, welche 2500 Kubikfuß Wasser per Stunde lieferte und bis seit Monaten ausblieb, bis zu den Schächten drang.

**\* Triest, 14. Febr.** Der gestern aus Konstantinopel hier eingetroffene Lloyd-Dampfer Achilles erhielt heute die Erlaubnis, zu landen und frei zu verkehren.

**\* Paris, 14. Febr.** Der Präsident Grévy hat heute Morgen eine Deputation der Association der französischen Industrie empfangen, welche demselben Bericht über die Lage der Industrie erstattete. Die Association erklärt, sie erwarte von dem Präsidenten der Republik und den Kammern, daß die nationale Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz durch wirksame Compensationszölle geschützt werde. Der Präsident erwiderte, daß diese Fragen die ernsteste Beachtung seitens der staatlichen Gewalten verdienen; die Abtheilungen der Kammern würden dieselben prüfen und die Regierung sich über die Bedürfnisse des

Landes unterrichten. Die Interessen der nationalen Arbeit sollten nicht preisgegeben werden. Einem Deputirten, welcher des Gerüchtes erwähnte, daß das neue Ministerium bei seiner Bildung sich den Freihändlern gegenüber engagirt hätte, entgegnete der Präsident mit der Versicherung, daß das Cabinet die vorliegende Frage ohne Voreingenommenheit prüfen und allen Interessen den erforderlichen Schutz angedeihen lassen werde.

**\* Versailles, 14. Febr. abends.** Der Senat wählte heute Montalivet zum ständigen Senator. — In der Deputirtenkammer stellte Talandier von der äußersten Linken den Antrag, daß die Marsellaise in Gemäßheit des bezüglichen Decrets vom Jahre 1795 als Nationalhymne anerkannt werde. Der Kriegsminister Gresley erklärte, er sei bereit, dem gedachten Decret nachzukommen. Talandier zog darauf seinen vorgedachten Antrag zurück.

**\* Paris, 14. Febr. abends.** Silvestre de Sacy, Mitglied der Academie, ist heute gestorben. — Das Journal La Revolution ist wegen Veröffentlichung mehrerer Artikel, welche „Ballus und Arnould, Mitglieder der Commune von 1871“ unterzeichnet waren, zu 2000 Frs. Geldbuße verurtheilt worden.

**\* London, 14. Febr. morgens.** Der ehemalige Kriegsminister Peel ist gestorben. — Infolge des Ablebens der Großherzogin Alice von Hessen wird die Königin in dieser Saison keine Feste abhalten; auch wird vor Ostern kein Damenempfang stattfinden.

**\* London, 14. Febr. abends.** Oberhaus: Auf eine Anfrage Lord Granville's erklärte Lord Salisbury, es hätten zur Zeit der Vertagung des Parlaments Communicationen mit Rußland betreffs Afghanistans stattgefunden, in deren Folge die russische Mission von Kabul abberufen worden sei.

**\* London, 13. Febr. nachts.** Im Oberhause gab Graf Beaconsfield und im Unterhause der Schatzsecretär Northcote identische Erklärungen ab; in welchen sie ihr Bedauern über die Niederlage der englischen Truppen am Cap ausdrückten und zugleich hervorhoben, daß die Regierung entschlossen sei, die Scharte wieder auszuweichen. Was die Ausführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages angehe, so würde dieselbe in befriedigender Weise fortgesetzt. Die russischen Truppen hätten bereits mit der Räumung des von ihnen besetzten Gebietes begonnen und würde dieselbe voraussichtlich zu der durch den Vertrag festgesetzten Zeit beendigt sein. Hinsichtlich Cyperns constatirten Beaconsfield und Northcote, daß die Regierung die dortigen Staatsdomänen angekauft habe und jährlich 5000 Pfd. St. für dieselben zahle. Was die Expedition gegen Afghanistan anlange, so sei der Zweck derselben erreicht; der Schutz der nordwestlichen Grenze und die Wahrung der Unabhängigkeit Afghanistans seien jetzt möglich.

Im Unterhause erklärte Schatzkanzler Northcote auf eine Anfrage Mure's, die Regierung habe

sich niemals geweigert, Verstärkungen an Truppen nach dem Cap zu entsenden, sobald solche verlangt worden seien. Northcote nahm sodann Gelegenheit, die Erklärungen Beaconsfield's bezüglich der Niederlage der englischen Truppen im Caplande zu ergänzen, und führte aus, daß dieselbe keine militärische Niederlage sei, entsprungen aus Mangel an Energie. Es empfehle sich, das Urtheil über jenen Vorfall bis nach Eingang der Details zu suspendiren; die Bravour der Truppen sei lobenswerth gewesen. Von den bezüglichen Schriftstücken seien einige bereits vorgelegt worden, andere würden in kürzester Zeit folgen. Was die Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten angehe, so könnten dieselben als befriedigend angesehen werden. Die Ausführung des Berliner Vertrages, den alle als die Basis eines dauerhaften Friedens ansehen müßten, habe einen regelmäßigen und sichern Fortgang genommen. Der russisch-türkische Vertrag sei ebenfalls unterzeichnet und hätte die letzten Spuren des Vertrages von San-Stefano beseitigt. Die russischen Truppen hätten bereits die Räumung des occupirten Gebietes begonnen. Der Gebietsaustausch zwischen den Kriegführenden sei vollkommen durchgeführt und Podgoriza ohne jedes Blutvergießen übergeben worden. Die Occupation Bosniens und der Herzegowina sei ausgeführt worden, beide Provinzen befänden sich vollkommen ruhig; die Pacificirung Kretas sei vervollständigt worden. Die Unterhandlungen hinsichtlich der Regulirung der Grenze Griechenlands hätten dem Berliner Vertrage gemäß begonnen. Auf verschiedene weitere Bemerkungen erklärte Northcote, die Regierung beabsichtige nicht, ein Specialbudget für Cypern vorzulegen; sie wünsche sehnlichst eine baldige Ordnung der Gerichtsverwaltung Cyperns. Was Ostrumelien anlange, so sei vorgeschlagen worden, nach dem Abzuge der russischen Truppen eine anderweitige Befestigung desselben vorzunehmen. Oesterreich und England hätten im allgemeinen diese Idee gebilligt, die übrigen Mächte hätten sich in dieser Angelegenheit indifferent verhalten; die Sache sei nicht über den Punkt hinausgelangt, den sie bereits auf dem Berliner Congreß erreicht hätte. Betreffs der Befreiung der Kosten für den Krieg in Afghanistan habe die indische Regierung vorgeschlagen, England solle auf eine Reihe von Jahren 2 Mill. Pfd. St. zinsfrei vorschießen. Im Verlaufe der Sitzung beantragte Nolan eine Resolution, in welcher der Regierung ein Tadelvotum ausgesprochen wird darüber, daß seitens derselben bezüglich der irischen Verhältnisse keinerlei Mittheilung gemacht worden sei. Der Generalsecretär von Irland, Lowther, verteidigte die Haltung der Regierung betreffs Irlands und erklärte, die Universitätsfrage könne nur behandelt werden, wenn die Regierung mit einiger Sicherheit darauf rechnen könne, daß die Bill durchgehen würde; bis jetzt sei keine Ansicht vorhanden, die Bill bezüglich der Bodenbesitzfrage in Irland durchzuführen. Der Marquis v. Hartington

## Die Grubenkatastrophe von Dur-Dffegg.

Die Entstehung dieses Unglücks erklärt man dahin, daß das Wasser der seit circa einem halben Jahre ausgebliebenen warmen Kieselquelle bei Dur sich wol in der Richtung der Schachte Bahn gebrochen habe und durch einen unglücklichen Zufall in die Nähe der neuen Richtung gedrückt wurde, wodurch es dem Wasser möglich war, die weniger widerstandsfähige Bahn zu durchbrechen und in die Schachte einzudringen. So lautet der Bericht der Teplitzer Zeitung.

Man schreibt der „Postilla“ aus Teplitz unterm 11. Febr.: „Kurz vor 2 Uhr nachmittags haben die Arbeiter bei der Kohlengewinnung eine Wasserquelle angehaufen, welche so stark war, daß sie die ganze Grube, in welcher in drei Horizonten die Kohle abgebaut wird, binnen anderthalb Stunden unter Wasser setzte; die Wassermenge war so stark und so vehement, daß sich die Arbeiter am tiefsten Horizont nicht alle retten konnten, und so kam es, daß 26 brave Menschen der Tod in ihrem Verufe erlitt. Auf dem Werke sind circa 100 Mann beschäftigt, mehrere wurden auf der Flucht vom Wasser ereilt, sodas ihnen das Wasser bis auf die Schultern reichte, als sie die Fahrt beim Schachte erreichten. Die Verwirrung muß unter der Erde beispiellos gewesen sein, sobald die Arbeiter ihr Licht nicht erhalten konnten und in den zahllosen Strecken im Finstern den Ausweg zur Rettung gesucht haben; noch schrecklicher war aber der Jammer der Frauen, welche, als sich die Nachricht von der Katastrophe verbreitete, tagüber auf ihre Männer warteten und endlich gewahr wurden, daß ihr Sammern und Flehen zu Gott um Erbarmen und Rettung ihrer Ernährer vergebens sei, denn gegen 4 Uhr hatte bereits die Wasserflut auch den obern Horizont geschlossen und auf diese Weise jeden, der nicht herauskam, für ewig begraben. Unter den Vermissten sind Väter von drei, vier bis sechs Kindern. Einer, Namens Pöbel, soll mit seinem ältesten Sohne, einem siebzehnjährigen braven Burschen, der die Steigerschule besucht und an diesem Tage seine Schülerschicht an der Seite seines Vaters verfahren hat, mit begraben sein. Im ersten Augenblicke hat es geheissen, daß unter einem Leiche die Kohle abgebaut wurde und dieser in die Grube eingestürzt sei, was jedoch nicht wahr ist, weil der betreffende Leich schon jahrelang trocken liegt. Es ist ja bekannt, daß unter der Kohle ein großes Wasserbecken vorhanden ist, welches oft nur durch eine unbedeutend mächtige Gebirgsschicht vom Kohlenflöz getrennt ist, und bei der Spannung, in der sich dieses Wasser befindet, diese dünne Gebirgsschicht leicht durchbricht. Auch sind über der Kohle Sandlagen muldenförmig eingelagert, welche große Quantitäten Wasser enthalten, die beim Abbau der Kohle dann in die Grube einbrechen. Diesen Eventualitäten kann die größte Vorsicht des Betriebsleiters nicht vorbeugen. Das Braunkohlenwerk gehört der falliten warnsdorfer Actiengesellschaft und war zur Ausbeute verpachtet.

Mit dem Döllinger-Schachte stand die tiefer gelegenen Schachte vom Fortschritt und Nelson gelockert und daher von diesem Wassereintrich bedroht. Um 5 Uhr abends hieß es, daß das Wasser bereits in den Schacht

Fortschritt eingedrungen ist; von da hat es nur einen kurzen Weg in den Schacht Nelson. Mit dieser Katastrophe werden mit einem male drei blühende Unternehmungen vernichtet, wodurch bedeutende Kapitalien in Gefahr stehen. Der Fortschritt gehört einer Gesellschaft, der Nelson einem Engländer, Namens Keffen, welcher vor circa 16 Jahren als Arbeiter nach Böhmen gekommen ist. Dieser Wassereintrich ist bereits der vierte im erzgebirgischen Braunkohlenbecken. Im Jahre 1870 in Kapendorf, voriges Jahr in Triebshitz ebenfalls auf einem Schachte des Hrn. Keffen, dann auf dem Niklas-Schachte bei Königsberg an der Eger, endlich auf dem Döllinger-Schachte. Gestern trafen auf dem Döllinger-Schachte noch der Berg-Obercommissar Mladý und der politische Commissar Hättler ein; die amtlichen Erhebungen werden wol genaue Daten über die Ursache und den Umfang der Katastrophe bringen.“

Von anderer Seite kommen dagegen nachstehende Mittheilungen über die schreckliche Katastrophe: „Es war 1 1/2 Uhr nachmittags des 10. Febr., als das Unglück geschah. Man hatte einen alten, außer Betrieb gestandenen Abbau, in welchem sich, sowie in den anstehenden, massenhaft Wasser gesammelt, angehaufen; dieses brach durch und drang in die im Betriebe gestandenen Strecken des Döllinger-Schachtes ein. In letztem arbeiteten 26 Mann, von diesen fanden 21 den Tod in den Fluten, 5 wurden gerettet. Das Wasser drang weiter in den Gisela-Schacht, Hrn. Bail in Aufsicht gehörig, Viktorin-Schacht, Eigenthümer Hr. Viktorin in Melnik, Fortschritt-Schacht, den Herren F. A. Janßen und John Mayer gehörig, und Nelson-Schacht, Eigenthümer W. Keffen in Teplitz. Mehrere

in Leipzig

hule  
für Danbels  
[188-91]  
arg.

al-  
die jährigen  
mlung  
Uhr,

na und Vor-  
Commission;  
sicherung des  
ahl von drei  
hl von der Prä-

eriger Weiss  
Statutnach-  
der Gesell.

in,  
eburg,  
zig,  
mburg.  
In dem De-  
sich.  
raktionen Ge-  
genommen

chaft.

Stünfte.

gabe.  
ite.

Mangel  
praktischen  
wie als ge-  
versations-

das werth-  
specte in  
[421]

RHE  
Pro  
Schacht  
N. 1. 70  
n.  
von  
ummarkt 35,  
in alle die  
Kaufleute  
wird oder ist

ten.  
elhardt in  
e in Dre  
Hellig in  
Opelt in  
r in Dohrn-  
hard Gejel  
Hrn. Dax  
Lechter.  
eine Lodter-  
ein Sohn.  
in Bremen  
Bogel in  
Görting  
ntinspector  
Dr.  
in Chem-  
eifer, geb.  
in Leipzig



glaubt, daß die Irländer allerdings Grund zu manchen Beschwerden hätten, doch empfiehlt er, den Antrag Nolan's zurückzuziehen. Der Antrag wurde schließlich mit 72 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Im Oberhause wies Graf Beaconsfield den Vorwurf zurück, daß der Sultan nicht aufrichtig verfahren und zur Durchführung der Reformen unfähig sei. Die Reformen seien bereits durchgeführt, über weitere Arrangements werde verhandelt. Alle Staatsdomänen auf Cypern, mit Ausnahme der Privatbesitzungen des Sultans, befänden sich im Besitze der englischen Regierung. Die Einkünfte aus Cypern im ersten Jahre der Verwaltung würden nicht nur die Kosten der Civilverwaltung decken, sondern noch einen bleibenden Ueberschuß ergeben. Beaconsfield sprach sich ferner lobend über die Energie und das Geschick Layard's aus. Weiter bedauerte er, daß er infolge der Anstrengungen leidend sei und einen kurzen Urlaub nehmen müsse. Er hoffe, daß der Nothstand in England bald abnehmen werde. Unter den angekündigten Gesetzesvorlagen befinden sich Entwürfe betreffend die Militärdisciplin, betreffend die Strafproceßordnung, ferner ein Bankrotgesetz, ein Bankgesetz, ein Gesetzentwurf über die Verwaltung der Grafschaften und andere.

\* **Belgrad, 14. Febr.** Die serbische Regierung hat eine Commission von Aerzten eingesetzt und beschloffen, diejenigen Maßregeln durchzuführen, welche Oesterreich im Einvernehmen mit Deutschland und Rumänien getroffen hat; im Nothfalle soll eine strenge Grenzsperrung gegen die Türkei und Bulgarien errichtet werden. Nach authentischen, der serbischen Regierung zugegangenen Nachrichten, ist weder in Kavalla noch in Salonichi der Ausbruch der Pest constatirt worden.

\* **Petersburg, 14. Febr.** Melikow telegraphirt an den Minister des Innern aus Sarazin vom 12. Febr.: „Der Gouverneur von Astrachan meldet unterm 12. Febr.: „In dem innerhalb des Quarantänekreises gelegenen Dorfe Kamennyjar sind zwei Todesfälle vorgekommen, an den übrigen Punkten weder Tode noch Erkrankte.“ Zur Feststellung der Krankheitsart in Kamennyjar wurde sofort ein Arzt gesandt, welcher nöthigenfalls die Isolirung der Kranken von den Gesunden bewerkstelligen und die erforderlichen Maßregeln für das ganze Dorf treffen soll. Nach vollständiger Ausführung der beabsichtigten Maßregeln zur Sicherstellung des Eisenbahnverkehrs, des Fischhandels und der Transporte reise ich sofort nach Astrachan. Hier ist schon den dritten Tag Thaumetter, hierdurch überall Schmutz. Der Zustand des Professors Jacoby hat sich verschlimmert.“ (Wiederholt.)

\* **Bukarest, 13. Febr.** Die mit der Berathung der Anträge auf Revision der Verfassung betraute Commission des Senats hat mit allen Stimmen gegen diejenige Voerescu's den Entwurf einschließlich des Art. 7 der Verfassung angenommen und hat die Berathung in den Sectionen hierauf begonnen. Voerescu legte einen Gesetzentwurf in Betreff der Revision mehrerer Artikel, darunter auch des Art. 7 der Verfassung vor. In der öffentlichen Sitzung setzte der Senat die Berathung des von der Kammer bereits votirten Organisationsentwurfs für das Ministerium des Aeußern fort. Die für die Gesandtschaften in Brüssel und Bern beantragten Positionen des Etats wurden gestrichen.

\* **Konstantinopel, 14. Febr.** Zur Einsichtnahme

von den gesundheitlichen Verhältnissen in Bulgarien sind türkische Aerzte dorthin abgeordnet worden. — Aus Kavalla eingetroffene ärztliche Consularberichte erklären die Nachrichten von dem Auftreten der Pest dortselbst für vollständig unbegründet. — Rahmud-Redim-Pascha hat die erbetene Erlaubniß, sich als Gouverneur nach Mossul begeben zu dürfen, nicht erhalten. — Keouf-Pascha hat seine Ankunft in Adrianopel hierher angezeigt.

\* **Wien, 14. Febr.** abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel vom 13. Febr.: „General Topleben ist heute zu einer Besprechung mit dem Fürsten Lobanow hier eingetroffen. — Der englische Botschafter Layard hat seine Abreise von hier auf nächsten Mittwoch festgesetzt. — Der gestrige Ministerrath war mit den auf das Verhältniß zwischen der Pforte und Oesterreich bezüglichen Angelegenheiten beschäftigt.“ — Aus Bukarest: „Der russische Ministerresident Baron Stuart wird provisorisch durch den Consul Jacobson in Jassy ersetzt, der indes bloß in der Eigenschaft eines Chargé d'Affaires fungirt.“ — Aus Petersburg: „Der vom hiesigen deutschen Botschafter entsendete Arzt, Dr. Lewsch, hat in Sarepta vollkommen ausreichende Cordons, rationelle Quarantäneeinrichtungen sowie eine sehr strenge Handhabung aller Details vorgefunden, der Gesamteindruck, den derselbe von den Einrichtungen erhielt, ist ein höchst befriedigender. Die Gerüchte von verdächtigen Krankheitsfällen, die in Vorissoglesch, Kaluga und Kremenshug vorgekommen sein sollen, sind durchaus unbegründet.“

### Der russisch-türkische Separatfriede.

Der zwischen Rußland und der Türkei geschlossene definitive Friedensvertrag zerfällt in 12 Artikel, die folgenden Inhalt haben:

- Art. 1 erklärt, daß Frieden und herzliche Beziehungen zwischen den zwei Ländern wiederhergestellt sind.
- Art. 2 versagt, daß diejenigen Artikel des Vertrages von San-Stefano, die durch den Berliner Vertrag nicht verändert worden, in Kraft bleiben.
- Art. 3. Die contrahirenden Parteien haben sich über die Ausführung der Artikel des Vertrages von San-Stefano in folgender Weise geeinigt:
- Art. 4. Nach Abzug des Wertes der abgetretenen Gebietsstücke wird die Kriegsschuldigung auf 802,500,000 Frs. fixirt. Der Zahlungsmodus wird durch ein späteres Abkommen zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Sultan geregelt.
- Art. 5. Die russische Regierung und die Pforte werden Bestimmungen bezüglich der Vertheilung der Schadloshaltung russischer Unterthanen in der Türkei für die während des Krieges erlittenen Verluste treffen. Der Gesamtbetrag dieser Schadloshaltung soll nicht 26,750,000 Frs. übersteigen. Forderungen können von den russischen Unterthanen während der nächsten 12 Monate angemeldet werden; nach Ablauf dieses Termins werden sie nicht länger entgegengenommen.
- Art. 6. Die durch den Unterhalt der türkischen Kriegsgefangenen bis zur Unterzeichnung des Berliner Vertrages entstandenen Unkosten werden durch eine Commission festgestellt werden und in 21 Raten, nämlich am Ende von je vier Monaten, nach Abzug der durch den Unterhalt russischer Gefangener in der Türkei entstandenen Unkosten zahlbar sein.
- Art. 7. Die Einwohner der an Rußland abgetretenen Gebietsstücke besitzen das Recht der Option betreffs der Nationalität, die sie annehmen wollen. Denjenigen, welche entlassen sind, nach der Türkei auszuwandern, wird eine Frist von drei Jahren (?) zur Bewerthung des Ver-

kaufes ihres Eigenthums bewilligt werden. Wenn sie nach Verlauf dieser Frist nicht ausgewandert sind, werden sie als russische Unterthanen betrachtet werden.

Art. 8. Jede der contrahirenden Parteien verpflichtet sich, irgendwelche Personen, die während des Krieges offen oder insgeheim im Dienste deren Gegners gestanden, nicht in den Ansehensstand zu versetzen, sondern im Gegentheil zu amnestiren.

Art. 9. Alle wegen ihrer Verbindung mit den jüngsten Ereignissen in Rumelien verhafteten oder verurtheilten Individuen sind begnadigt.

Art. 10. Alle Verträge und Conventionen, die infolge des Krieges suspendirt worden sind, treten wieder in Kraft.

Art. 11. Die Pforte verpflichtet sich, darauf zu achten, daß die zu Gunsten russischer Unterthanen gefällten Erkenntnisse ausgeführt werden.

Art. 12. Die Ratificationen des gegenwärtigen Vertrages sollen binnen 14 Tagen ausgewechselt werden.

### Vom preussischen Landtage.

\* **Berlin, 14. Febr.** Das Abgeordnetenhaus setzt die Berathung des Generalberichts der Budgetcommission fort.

Abg. Richter-Hagen: Der Ankauf von Vollbahnen durch den Staat ist auch in finanziell nicht so bedrängten Zeiten kein Glück für das Land; gerade der Umstand, daß in der letzten Zeit der durchgehende Verkehr, der Transport auf große Entfernungen so einseitig bevorzugt worden ist, hat der rationellen Vollkommnung des Staatsbahnsystems entschieden geschadet. Der Umstand, daß man so großen Nachdruck auf die Theorie der kürzesten Linie legt, läßt es als gewiß erscheinen, daß den mehr lokalen Interessen, den wohlverstandenen Interessen der Provinzen in Bezug auf Secundärbahnen, nicht jene liebevolle Rücksicht, die sie verdienen, gewidmet werden wird. Der national-liberale Antrag zu der Resolution III stellt einseitig die Rentabilität in den Vordergrund und nimmt also zu den Verkehrsinteressen der einzelnen Landes- theile fast einen gegnerischen Standpunkt ein, wir vermögen daher nicht, für denselben zu stimmen. Keiner der vorliegenden Anträge wird die Majorität erlangen und man wird sich dann nach wie vor im vollständigsten Dunkel befinden, und der Handelsminister wird freie Hand für seine Pläne haben.

Regierungskommissar Geh. Finanzrath Bresselt: Die Budgetcommission ebenso wie der Beredner gehen bezüglich der jetzigen Rentabilität von falschen Voraussetzungen aus. Die Anlagen zum Etat ergeben, daß unsere Eisenbahnschulden von 673 Mill. M. Anlagekapitalien gegenüberstehen im Betrage von im ganzen 1175 Mill. M. Das ist eine ganz erhebliche Differenz und nach ihr ist die Berechnung des Rentenertrages der Staatsbahnen zu modificiren. Die Budgetcommission hat vor allem das vergesssen in Bezug zu bringen, was an dem Anlagekapital bereits amortisirt ist. Die ganze Rechnung ist falsch. (Bewegung.) Es ist auch ganz unrichtig, wenn der Beredner sagt, die neuen anzukaufenden Bahnen würden dem Staate eine Milliarde kosten; nur eine Viertelmilliarde ist erforderlich, denn die Bahnanleihen bleiben nach wie vor Gesellschaftsanleihen, sie behalten nicht den Charakter einer Staatsanleihe. Ich will hier constatiren, daß die vielfach ausgesprochene Behauptung, die Steuerzahler würden zur Deckung der Ausgaben für die Eisenbahnverwaltung herangezogen, nicht begründet ist. Zu diesem Zweck genügt es, darauf hinzuweisen, daß von dem Betrage von 1587 Mill. M. auf Ausgaben, welche aus Erweiterungen und Ergänzungen von Bahnanlagen u. a. extraordinären Fonds der Eisenbahnverwaltung verwendet sind, 123,500,000 M. entfallen, zu deren Deckung die Inanspruchnahme der allgemeinen Staatsfonds nicht erforderlich gewesen ist. Ferner ist bezüglich der mit den neuen Provinzen auf Preußen übergegangenen Staatsbahnen bei Beurtheilung der Frage über die Belastung des Staats durch die Eisenbahnverwaltung nur derjenige Betrag in Rechnung zu stellen, welcher zur Zeit der Uebernahme dem Staat in der That noch belastet hat. Wenn hiernach verfahren wird, so wird das von der Eisenbahn-

Arbeiter des Nelson- und Fortschritt-Schachtes werden vermisst. Die Schachte Döllinger, Nelson und Fortschritt mußten, da die Pumpwerke das Wasser, welches fortwährend steigt, nicht bewältigen können, den Betrieb einstellen. Die betroffenen Werke erleiden einen bedeutenden Schaden, während 600 Arbeiter brotlos geworden sind. Die Verunglückten sind meistens Familienväter.“

Eine in Teplitz zusammengesetzte Commission hat unterm 13. Febr. Folgendes veröffentlicht:

An die Bevölkerung von Teplitz. Die unterzeichnete Commission bringt zur Kenntniß, daß die Urquelle im Stadtbade im Verlaufe des heutigen Tages gesunken ist in der Weise, daß dieselbe nicht mehr wie gewöhnlich bei den Lüftungspfeifen ihren Auslauf findet. Durch die sorgfältigsten Nachforschungen wurde indes sichergestellt, daß die Quelle allerdings bedeutend gesunken, jedoch nicht verschwunden ist. Es ist daher die Besorgniß, welche einen großen Theil der Bevölkerung erfaßt hat, und welche darin gipfelt, daß die Quelle verloren sei, ganz unbegründet, und wir bitten die geehrte Einwohnerschaft, den Muth nicht zu verlieren. Das Stadtverordnetencollegium hat die nöthigen Maßregeln ergriffen, welche voraussichtlich dahin führen werden, der Quelle wiederum die frühere Steigungsfähigkeit zu geben. Selbst in dem kaum denkbaren Falle, daß die Quelle durch die eingeleiteten Maßnahmen nicht wieder zum Ausflusse aus den Lüftungspfeifen kommen sollte, wird Teplitz immerhin der Bestreuerort bleiben, der es bisher war, da die Quelle tiefer gesaft und mittels Pumpvorrichtungen, wie es in den meisten Curorten der Fall ist, an die Oberfläche gebracht werden kann, so zwar, daß die Bäder ohne Anstand mit Ebermalwasser gespeist werden können. Zugleich geben wir bekannt, daß die Quellen im Steinbade, Schlangenbade und Neubade vollkommen intact sind und gar keine Veränderungen erlitten haben.

Die von der hohen k. k. Regierung hergesandten Sachverständigen haben das sachmännische Gutachten abgegeben,

daß die Besichtigung, es sei die Stadtbadquelle gänzlich verschwunden, als unbegründet erscheint, daß vielmehr das Wiedererscheinen derselben in einiger Zeit wieder zu gewärtigen sein wird.

### Leipziger Stadttheater.

— **Leipzig, 11. Febr.** Meyerbeer's seit längerer Zeit hier nicht gegebener „Prophet“ ging gestern in zum großen Theil neuer Besetzung in Scene. In der Rolle der Bertha gab Frau Wilt eine ihrer glänzendsten Leistungen. Das Hervorstechende an derselben war nicht etwa bloß die allerdings an sich schon zündkräftige Virtuosität in der Bewältigung der technischen Schwierigkeiten, sondern die fortreizende dramatische Deutung des reichen Figurenwerkes der Partie, der Strom von dramatischer Empfindung, in welchen das letztere getaucht erschien. Die Wirkung, welche Frau Wilt auf diese Weise erzielte, machte es dem Zuhörer leicht, darüber hinwegzusehen, daß die äußere Erscheinung der Künstlerin eigentlich eine der Rolle nicht entsprechende ist. Obschon etwas ungleich, war der Johann des Hrn. Unger doch im ganzen eine entschiedener Anerkennung würdige Leistung. Die Ausstellungen, zu welchen dieselbe Anlaß gab, betreffen ein zeitweiliges Forciren der Stimme in der höhern Lage, was auch die Reinheit der Intonation schädigte, sowie den mitunter, besonders im dritten Finale zu Tage tretenden Mangel einer gleichmäßigen, getragenen Tonführung; auch konnte die von dem Künstler sonst trefflich behandelte Declamation an der angeführten Stelle noch etwas mehr rhetorische Wucht und Schneide haben. Das Beste gab Hr. Unger im zweiten und vierten

Act (Kirchenscene), im Gesang wie in der äußeren Darstellung; was speciell die letztere betrifft, so war es namentlich die Scene mit Fides im zweiten Act („Segen dir!“), welche er durch sein harmonisch ergänzendes stummes Spiel im Verein mit der trefflichen Darstellerin der Fides, Fr. Berstein, zu überzeugender Wirkung brachte. Die Rolle des Grafen Oberthal, welche übrigens durch Weglassung des Terzett's im dritten Act wesentlich gekürzt erschien, wurde von Hrn. Wiegand musikalisch befriedigend gegeben; doch hätte die gewaltthätige Natur des Grafen im ersten Act noch etwas mehr ausgeprägt sein können. Der Wiedertäufer Jonas war durch Hrn. Küstner (an Stelle des Hrn. Redling) angemessen, der Mathison und Zacharias wie früher durch die Herren Ulbrich und Neß vertreten. Geleitet wurde die wohlgelungene Vorstellung von Kapellmeister Mühlendorfer.

Unter dem Titel „Meisterwerke der Holzschneidekunst“ hat die Verlagsanstalt von J. S. Neber in Leipzig ein periodisches Unternehmen begonnen, welches eine Sammlung von hervorragenden Kunstblättern aus der Illustrirten Zeitung in elegant ausgestatteten Separatabdrücken bietet. Jährlich sollen 12 Lieferungen von je 8 Bilderseiten mit kurzem beschreibendem Text zu dem billigen Preise von 1 M. für die Lieferung zur Veröffentlichung gelangen. Die uns vorliegende erste Lieferung bringt Bilder nach Gemälden von Marat, Rieger, Ray, Grüner und Wünnenberg von vortrefflicher Ausführung, und nach diesem Anfang ist anzunehmen, daß diese Bildergalerie sich rasch zahlreiche Freunde erwerben wird.

verwaltung  
gr. verm  
Commissi  
werden,  
mehr, als  
erforderl  
aufgestellt  
modificir  
wesens-  
Entwickel  
gar keine  
gegenüber  
glaube ich  
mehr als  
den sind  
bild auf  
dahin weg  
Abg.  
Die  
sich so die  
übermäßig  
schauungen  
nur sprich  
ausbrücht,  
wickelten  
von der  
Richter n  
Regierung  
Herr Abg  
der Privat  
alle, d. h.  
Privatbah  
erhalten.  
tabilität d  
immer vor  
der Herr  
Staatsbah  
ich und n  
empfinden  
ment zu  
Differenz  
erforderlic  
ten dann  
hin, daß d  
nach voll  
und zu ve  
wiegen.  
Es er  
Geschäfts  
Abg.  
Da, w  
seinen Antr  
auf, weil i  
stimmung  
Mitglieder  
einen Eise  
Abg.  
Für mi  
sein durch  
durch die  
wieder auf  
Abg.  
Auch w  
es nicht fl  
nicht hier  
Abg.  
Ich hüt  
nur bemer  
hammerstei  
zufällig hal  
gehört habe  
Präsident  
Dr. Abg  
zur Geschä  
ten lassen,  
des Antrags  
Form der  
Motive für  
dasselbe ges  
Abg.  
Auch ich  
jezt den N  
men beabsic  
Abg.  
Man mi  
stellen, man  
auch nicht  
die dreißigj  
nehmen. D  
nur möglic  
Ausnahme  
man denn  
nicht besser,  
bahnen. D  
dienen die  
tern. Dabe  
verwerfen, o  
liche Regelu  
Der Herr  
und Privatb  
Berlin-Bef  
Zerpfister  
aus widerst  
Regierung  
militärisch  
Adjacenten  
zu beklagen  
behaftet we  
des Staats  
alle Lebens  
wird unter  
demokratie  
system durch  
Hierauf  
persönliche  
Posten.



verwaltung zu verzinsende Kapital sich weiter um 68,145731 ...

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Die Ansichten des Abg. Richter und die meinigen stehen sich so diametral gegenüber, daß eigentlich eine Discussion überflüssig ist...

Es entspringt sich auf Grund dieser Erklärung eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Richter-Dagen: Da, wie ich vorausgesetzt habe, Hr. v. Hammerstein seinen Antrag zurückgezogen hat, nehme ich denselben wieder auf...

Abg. Dr. Luchs-Schenkingen: Für mich und meine Freunde ist der Antrag Hammerstein durch die Zurücknahme erledigt und er lebt für uns durch die Wiederaufnahme seitens des Hrn. Richter nicht wieder auf...

Abg. v. Rauchhaupt: Auch wir werden gegen den Antrag stimmen, da wir es nicht für angezeigt halten, eine solche Principienfrage jetzt hier zum Austrage zu bringen.

Abg. Windthorst-Meppen: Ich hätte manches auf den Herzen (Heiterkeit), will aber nur bemerken, daß ich, nachdem Abg. Richter den Antrag Hammerstein ausgenommen hat, solche Erklärungen nicht für zulässig halte...

Präsident v. Bennigsen: Hr. Abg. Windthorst, auch ich würde in Bemerkungen zur Geschäftsordnung solche Erklärungen nicht haben passieren lassen, wenn der Abg. Richter bei der Wiederaufnahme des Antrages sich auf die geschäftsordnungsmäßige einfache Form der Mittheilung beschränkt hätte...

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Auch ich erkläre, daß, nachdem der Antrag Hammerstein jetzt den Namen Richter hat, ich ebenfalls dagegen zu stimmen beabsichtige. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Heereman: Man müsse sich auf den Boden der realen Verhältnisse stellen, man habe nicht eine res integra vor sich, man dürfe auch nicht tabula rasa mit den Privatbahnen machen. Auf die dreißigjährige geschichtliche Entwicklung sei Rücksicht zu nehmen...

Hierauf wird die Discussion geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Richter-Dagen und Raack.

Referent Abg. Richter:

Die Commission hat die Eisenbahnfrage ganz besonders von der finanziellen Seite betrachtet, und sie mußte um so mehr diesen Standpunkt festhalten, als der Hr. Minister Maybach keine Erklärung in der Commission abgegeben hat.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag v. Hammerstein (jetzt Richter) abgelehnt. Dafür stimmt nur Abg. Sombart. (Große Heiterkeit.) Demnach wird auch der Antrag Raack verworfen, der erklären will:

1) Die derzeitige Finanzlage des Staates gestattet nicht, auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens mit Unternehmungen vorzugehen, bei welchen die Rentabilität nicht genügend gesichert ist. 2) Es ist dringend erforderlich, die Ziele und Grundsätze der Eisenbahnpolitik seitens der königlichen Staatsregierung klar darzulegen und eine Verständigung über dieselben zwischen der Staatsregierung und dem Landtage herbeizuführen.

Hierauf wird der erste Theil der von der Budgetcommission proponirten Resolution mit 179 gegen 174 Stimmen ebenfalls abgelehnt, welcher lautet:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, vom Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen.

Dagegen werden die beiden folgenden Theile der Resolution der Commission angenommen, nämlich die Regierung aufzufordern:

Eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, inwiefern der Bau von localen Anschlußbahnen wiederher Ordnung geeignet ist, die Rentabilität der vorhandenen Eisenbahnen, insbesondere der Staatsbahnen, zu heben und den Absatz von landwirthschaftlichen Erzeugnissen und sonstigen Rohproducten zu erleichtern...

Es folgt die Discussion über die von der Commission beantragten Resolutionen IV und V gemeinsam. Die Commission beantragt zu erklären:

IV. Im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft ist es geboten: das Gesetz vom 25. Mai 1873 betreffend die Klassen- und Einkommensteuer dahin abzuändern, daß es ermöglicht wird, in dem Staatshaushaltsetat jährlich so viel an Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz zu bringen, als zur Deckung des jeweiligen Ausgabebedarfs erforderlich ist...

Zu diesen Resolutionen liegt eine Reihe von Amendements vor.

Abg. Frhr. v. Minnigerode beantragt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung, daß eine im Wege der Quotifurung herbeizuführende Herabminderung beziehentlich Nichterhebung der classificirten Einkommensteuer einer gesunden Finanzpolitik nicht entspricht, weil dadurch das mobile Kapital einseitig erleichtert, beziehentlich befreit werden würde, während gleichzeitig Grund- und Gebäudesteuer unverändert zur Forterhebung gelangen...

Abg. Frhr. v. Hüne: Den ersten Absatz der Resolution V zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: Für den Fall einer Vermehrung der eigenen Einnahmen des Deutschen Reiches muß in preussischen Staatsinteresse vorher gesetzlich festgestellt werden.

Im zweiten Absatz gegen das Ende hinter dem Worte „unverkürzt“ einzuschalten: zur Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden und —.

Abg. Lauenstein beantragt, im zweiten Absatz der Resolution sub Nr. V den Satz: in soweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung im Etat eine anderweitige Verfügung getroffen ist, folgendermaßen zu fassen:

in soweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung durch Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände oder auf andere Weise Verfügung getroffen ist, ferner sub V gegen Ende die Worte „im Etat“ zu streichen.

Abg. v. Rauchhaupt setzt an Stelle der von der Budgetcommission unter IV und V des Generalberichts beantragten Resolutionen:

Zu der angeführten Vermehrung der eigenen Einnahmen des Deutschen Reiches seine volle Zustimmung in der Erwartung auszusprechen, daß es dadurch gelingen werde, hinreichende Beträge disponibel zu machen, um nicht nur das Gleichgewicht im preussischen Staatshaushaltsetat dauernd

wiederherzustellen, sondern auch durch Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer die Communalverbände finanziell zu erleichtern und die Klassen- und classificirte Einkommensteuer herabzumindern.

Abg. Richter als Referent der Budgetcommission tritt für deren Resolutionen ein und kritisiert die oben mitgetheilten Anträge als theils über das Ziel hinausgehend, theils wie der Antrag v. Minnigerode als auf einem Mißverständnis der Commissionsanträge beruhend.

Die Verlesung ergibt 10 Redner gegen, 15 für die Vorlage.

Finanzminister Dobrecht:

Meine Herren! Es ist auffällig bemerkt worden, daß in der Budgetcommission die Frage der Eisenbahnen behandelt worden ist, ohne daß der Finanzminister oder seine Commissarien sich an der Debatte betheiligt hätten. Ich nehme demgemäß Veranlassung, zu erklären, daß ich nach dieser Richtung hin den gestern vom Herrn Handelsminister hier abgegebenen ausführlichen Erklärungen voll und ganz beitrete.

Die Eisenbahnfrage ist eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Sie berührt die Interessen aller Klassen und Stände. Die Eisenbahnen sind die Lebensadern des Reiches. Sie ermöglichen den Verkehr zwischen den Provinzen, sie erleichtern den Handel, sie fördern die Industrie.

Ich bin in der Lage und ermächtigt, durch eine allerhöchste Cabinetsordre Sr. Maj. des Königs zu erklären:

„daß, in soweit durch Steuerreformen die Reichsmatricularbeiträge Preußens unter den in unserm Staatshaushaltsetat für 1879/80 vorgesehenen Betrag sinken, oder aus Reichseinnahmen verfügbare Mittel dem preussischen Staatshaushalt überwiesen werden, und über diese Mehrerinnahmen, resp. Ausgabeersparnisse nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs der Bedeckung der Staatsausgaben oder behufs Ueberweisung eines Theiles des Betrages der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverbände Verfügung getroffen ist, ein vorbehaltlich der nöthigen Abrundungen gleicher Betrag an der für das betreffende Jahr normirten Klassen- und classificirten Einkommensteuer zu erlassen ist.“

Meine Herren! Die Regierung muß hierauf legen, daß das Haus einen Antrag annimmt, der sich in gleichem Sinne ausspricht wie die eben von mir verlesene Zusichernde Erklärung. Am angenehmsten würde der Regierung somit der Antrag Rauchhaupt sein. Sollte dieser nicht angenommen werden, so möchte ich bitten, daß Sie Ihre Stimmen vereinigen auf den Antrag Ihrer Commission sub V in Verbindung mit dem Antrage Lauenstein.

Abg. Lauenstein erklärt sich im ganzen einverstanden mit den Anträgen der Budgetcommission, und wünscht nur noch das von ihm beantragte Amendement angenommen zu sehen. Die Erklärung des Herrn Finanzministers habe ihn sehr befriedigt.

Abg. v. Benda:

Die heutige Erklärung des Herrn Finanzministers zeige entgegenkommen. Eins der vielen Dornen sei so wenigstens beseitigt, welche der Ordnung der Finanzen im Reich entgegenstanden. Je mehr man die indirecten Steuern erhöhe, um so mehr müsse man die obersten Stufen der Einkommensteuer erhöhen.

Abg. Frhr. v. Hüne beantragt, unter Zurückziehung seines oben mitgetheilten Antrages, den Absatz 1 der zweiten Resolution der Commission zu streichen und statt dessen zu sagen:

Für den Fall der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches erachtet es das Haus der Abgeordneten unter bankbarer Annahme der mit allerhöchster Ermächtigung abgegebenen Erklärung des Finanzministers für erforderlich, daß

Wenn sie nach werden sie als ... verpflichtet ... Krieges offen ... nicht ... Gegenseit ... den jüngsten ... theilten An ... die insolge ... ber in Kraft ... auf zu achten ... lten Erkennt ... tätigen Ver ... werden.



Abg. Graf Limburg-Strom: Gegen den Antrag von Hüne habe er, wie er jetzt, modificirt nach den Erklärungen des Herrn Finanzministers, vorliegend, nichts einzuwenden.

Abg. Dr. Hänel: Wenn die Staatsregierung eine solche entgegenkommende Erklärung abgibt, so acceptiren wir diese Erklärung denselben, aber zu besonderm Danke verpflichtet und das nicht. Die Regierung spricht nur von der Quotifirung der neuen Reichsteuern, die wir noch nicht haben. Aber das ist eine leider erst in weiter Zukunft liegende Sache. Wir müssen uns sichern, denn es ist leider wahr, daß die Frage der Gerechtigkeit jetzt in Frage gestellt wird durch die Projecte des Reichskanzlers, und daß die socialdemokratischen Phrasen von der Klassenausbeutung zur Wahrheit werden, wenn eine ungerechte Steuervertheilung durchgehen sollte und wenn auf die allernothwendigsten Lebensmittel Steuerlasten gelegt werden sollten.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Dem Vordrucker, der die Quotifirung als etwas Harmloses hinstellt, müsse er entgegenen: „Die Quotifirung ist die Mutter des Conflicts.“

Abg. Graf v. Bethusy-Huc: Es liegt uns ob, dem Reichstage freie Bahn zu schaffen für die Steuerreform, die von allen Klassen des preussischen und deutschen Volkes gewünscht wird. Meine Freunde und ich haben über unsere Stellung zur Sache einen Zweifel gelassen. Am 2. Nov. 1877 hat der Abg. v. Zebly den Quotifirungsgedanken wenigstens implioite angedeutet. Eine Vermehrung der Steuerlast, so weit die Staatseinnahme nicht hinreicht, um die Staatsausgaben zu decken, werden wir allerdings vornehmen müssen, da wir ein dauerndes Deficit unmöglich mit weiteren Anleihen auszugleichen vermögen. Es würde sich also nur fragen, wann wir eine Erhöhung absolut vermeiden wollen, ob und welche Staatsausgaben vermindert werden können. Dr. Richter freilich setzt sich über solche Zweifel leicht hinweg, indem er uns an den Militäretat weist, aber darin sind meine Freunde und ich ihm nicht zu folgen geneigt. Wir wünschen erst die Sicherheit des Landes und dann die Freiheit, denn wie die Dinge heute liegen, halte ich die Verwendung von Geldern für die Armee für eine außerordentlich productive Anlage.

Wenn Hr. Abg. Hänel in der Annahme der Resolution V eine directe Anerkennung der Steuerprojecte des Herrn Reichskanzlers sieht, so warne ich davor, diese weitläufige Frage hier zum Austrag bringen zu wollen. Die Art der Steuer, Modus und Höhe, jetzt hier erörtern, hiesse dem Reichstage und dem Steuergefesse vorgreifen. Wenn von der entgegengesetzten Seite uns der Vorwurf gemacht wird, daß wir mit Annahme der Resolutionen IV und V das Recht der Krone formell oder virtuell beeinträchtigen, so vermahnen wir uns dagegen entschieden. Wir meinen, daß es principiell im preussischen Verfassungsrechte nicht gefunden werden kann, die Kronrechte auszudehnen in infinitum auf Dinge, die nicht in diesem Hause, sondern im Reichstage beschloffen werden. Die Regierung verzichtet auf Rechte, die ihr vielleicht mit einer falschen Interpretation des Art. 109 der Verfassung beigelegt werden können; aber sie behält ihr gutes ungeschmälertes Recht. Es würde Preußen schlecht anstehen, wenn es durch partiellare Rücksichten die Fortschritte des Reiches hemmen wollte. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Hüne verteidigt seinen Antrag.

Abg. Dr. Pasler: Meine politischen Freunde haben seit zehn Jahren die Quotifirung angestrebt. Wir wollen nun mit der Zustimmung zu den Resolutionen kein materielles Urtheil aussprechen und nehmen die Resolution V nur an, weil dadurch ein materielles Hinderniß seitens Preußens gegenüber der Reichsfinanzpolitik fortgeräumt wird.

Hierauf wird die Discussion geschlossen und nach einem kurzen Resumé des Referenten unter Ablehnung der Anträge v. Minnigerode und v. Rauchhaupt die Resolution IV der Budgetcommission betreffend die Quotifirung angenommen. Ebenso Resolution V der Commission mit den Amendements v. Hüne und Lauenstein.

Es folgt die Discussion über die letzte Resolution der Commission:

VI. Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß in Zukunft das Staatsgesetz für das Deutsche Reich früher festgesetzt wird als das Staatsgesetz für Preußen.

Abg. Dr. Lucius-Schleusingen beantragt über diesen Antrag Uebergang zur Tagesordnung und begründet dies damit, daß es ein gefährliches Präcedens enthalte, wenn die preussische Landesvertretung in dieser Frage in den Gang der Reichsgesetzgebung einzugreifen unternehme.

Abg. Dr. Birchow ist für den Antrag der Commission.

Abg. Windthorst-Meynen wäre sachlich mit dem Antrage der Commission einverstanden, doch möchte er bitten, ihm zu sagen, wie dessen Ausführung zu ermöglichen sei.

Hierauf wird der Commissionsantrag angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Neun Vorlagen, darunter die aus dem Herrenhause zurückgelangten über die Ausführung der Civilproceßordnung, Schiedsmannsordnung, über den höhern Verwaltungsdienst etc.

Im Herrenhause fand zunächst die nochmalige Abstimmung über die in der gestrigen Sitzung angenommenen Amendements zu dem Entwurfe betreffend die Wassergenossenschaften statt. Dieselben wurden wiederum genehmigt. Der Entwurf betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen fand ohne Discussion Annahme. Ebenso wurde der Entwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe zur Verbesserung märkischer Wasserstraßen in der Fassung

der Regierungsvorlage angenommen. Das Haus ging dann zur Berathung der Petitionen über, welche sich auf die Reorganisation der Gewerbeschulen beziehen.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 13. Febr. Der dem Entwurfe des Reichshaushaltsetats beigefügten Denkschrift entnehmen wir folgende Daten: „Die gesammten fort-dauernden und einmaligen Ausgaben aller Verwaltungszweige sind in dem vorliegenden Etatsentwurf auf 549,187537 M. veranschlagt. Sie übersteigen die Gesamtausgabe des Etats für 1878/79 um 12,490737 M. Davon Mehrbedarf bei den fortdauernden Ausgaben 7,776981 M., bei den einmaligen 4,713756 M. Nach Ausschreibung der bloß durchlaufenden fort-dauernden und der durch außerordentliche Zuschüsse gedeckten Ausgaben beiffern sich für das Etatsjahr 1879/80 die fortdauernden Ausgaben auf 389,452410 M., die einmaligen Ausgaben auf 16,531069 M., zusammen auf 405,983479 M., und es ergeben sich Mehraufgäbe bei den fortdauernden Ausgaben von 8,396812 M., bei den einmaligen Ausgaben von 1,098079 M., im ganzen von 9,494891 M. Dieser Mehrbedarf vertheilt sich auf die einzelnen Verwaltungen wie folgt: 1) Reichskanzleramt, fortdauernd 798830 M., einmalig 171044 M.; 2) Auswärtiges Amt, fortdauernd 231270 M., einmalig 168000 M.; 3) Verwaltung des Reichsheeres, fortdauernd 1,561526 M., einmalig 591267 M.; 4) Marineverwaltung, fortdauernd 2,657181 M.; 5) Reichsjustizverwaltung 361858 M. und 296200 M.; 6) Reichsschatzamt 256528 M. und 199377 M.; 7) Reichseisenbahnamt, einmalig 180000 M.; 8) Reichsschuld, fortdauernd 2,301000 M.; 9) Rechnungshof, fortdauernd 10288 M.; 10) Allgemeiner Pensionsfonds, fortdauernd 231531 M.; 11) Eisenbahnverwaltung, einmalig 13513 M. Nach Gegenrechnung verschiedener Rinderansätze (beim Reichsheere einmalig 501557 M.) verbleiben fortlaufend 8,396812 M., einmalig 1,098079 M., zusammen 9,494891 M. Mehraufgaben. Bei der Einnahme konnten höher beziehentlich neu angelegt werden: die Zölle und Verbrauchssteuern um 1,371520 M., der Spielkartenstempel mit 1,216000 M., die Ueberschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung um 334550 M., die Ueberschüsse der vormaligen Geheimen Oberhofbuchdruckerei um 5670 M., die Ueberschüsse aus früheren Jahren um 1,015337 M., zusammen 3,943077 M.; wogegen niedriger angelegt werden mußten: die Wechselstempelsteuer um 75800 M., die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung um 1,446000 M., die Ueberschüsse aus dem Bankwesen um 505000 M., die verschiedenen Verwaltungseinnahmen um 249018 M., die Zinsen aus belegten Reichsgeldern um 1,818224 M., sind 4,094042 M., sodas die Einnahme im ganzen gegen den Etat für 1878/79 einen Ausfall ergibt von 150975 M. Rechnet man hierzu die Winderansätze bei den außerordentlichem Weise aus der französischen Kriegskostenentschädigung und den Ersparnissen an den von Frankreich für die deutschen Occupationstruppen gezahlten Verpflegungsgeldern zur Deckung der gewöhnlichen Ausgaben zum Etat gebrachten Beträgen von 1,631127 M. und 2,722906 M., so erhöht sich der Ausfall an den Einnahmen auf 4,504998 M. Zur Deckung desselben sowie des Mehrbedarfs bei den Ausgaben im Betrage von 9,494891 M. sind 13,999889 M. einzuweisen bei den Matricularbeiträgen mehr angelegt, da sich der Einfluß noch nicht übersehen läßt, welchen die beabsichtigten Steuervorlagen auf diese Beträge üben werden.“

Dem gestern erwähnten, beim Bundesrathe eingegangenen Antrag des Reichskanzlers betreffs Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Gültartariffwesens auf den deutschen Eisenbahnen geht eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Sachlage und des Reformbedürfnisses voraus. Es heißt darin: Das in Deutschland bisher bestehende System der Frachtberechnung für die Eisenbahngüter wurde durch die Berliner Conferenz deutscher Eisenbahnverwaltungen im Februar 1877 im Wege der Vereinbarung zwischen den Staats- und Privatbahnverwaltungen festgestellt, nachdem der Bundesrat durch den Beschluß vom 14. Dec. 1876 sein Einverständnis mit den allgemeinen Grundzügen des Systems erklärt hatte. In einigen Punkten nicht principeller Natur ist das aus den Beratungen der Conferenz hervorgegangene Reformtariffschema inzwischen, gleichfalls im Wege der Vereinbarung, einzelnen Veränderungen unterzogen worden. Die zur Zeit festgestellte Regelung ist in einer Anlage dem Antrage beigefügt. Die Beschlüsse der Conferenz bezogen sich aber nur auf die Classification der Güter, nicht auf die innerhalb der einzelnen Klassen anzuwendenden Frachtsätze. Die Regulirung der Frachtpreise der Eisenbahnen als öffentlicher Verkehrswege, bei deren Benutzung die gleiche Behandlung aller nicht beeinträchtigt oder künstlich beschränkt werden darf, ist jedoch für die wirtschaftlichen Interessen der Nation von weittragender Bedeutung. Die Staatsregierung wird sich der Ausübung der ihr verfassungsmäßig obliegenden Pflichten, einen den Anforderungen der nationalen Wirtschaft entsprechenden Zustand auf diesem Gebiete herbeizuführen, nicht länger entziehen dürfen, nachdem sich erwiesen hat, daß die bisher eingeschlagene Wege nicht zum Ziele führen. Die Eisenbahnen sind vom Staate monopolisirte, öffentlich Verkehrswege. Durch die Rechte der

Appropriation etc. hat der Staat den Eisenbahnen einen Theil der staatlichen Hoheitsrechte eingeräumt. Die Berechtigung dieser Hoheitsrechte ist aber im Interesse des Gemeinwohles erfolgt. Es gereicht jedenfalls zum Nachtheil der Gesamtinteressen, wenn die Privatbahnen die entsprechenden Gesichtspunkte außer Acht lassen müssen, und es ergibt sich hieraus eine Verstärkung der Gründe, welche gegen das System der Privatbahnen überhaupt sprechen. Wenn es hiernach keinem Zweifel unterliegen kann, daß die Festlegung der Tarifsätze nur der Staatsgewalt zugewiesen werden darf, welche allein die Interessen des Gemeinwohles mit Nachdruck wahrnehmen kann, so ist auch die Richtung für die Regelung des Tariffwesens durch die Lage der deutschen Eisenbahnverhältnisse vorgezeichnet. Der Tarif muß für jedermann klar sein, die Gleichberechtigung der Reichsangehörigen sichern, die bisherigen Benachtheiligungen des kleinen Gewerbetriebes beseitigen und bei seiner Anwendung die Entschädigung schädlicher, die Kosten des Transports erhöhender Bildungen nicht begünstigen, sowie die Integrität der Beamten nicht gefährden. Diesen Anforderungen wird durch das bestehende Tariffsystem nicht entsprochen.

Es wird in der Begründung alsdann zu einer umfassenden Darlegung der unhaltbaren gegenwärtigen Zustände übergegangen und schließlich gesagt: Die Nothwendigkeit der baldigen Herstellung eines geordneten Zustandes im deutschen Eisenbahntariffwesen tritt in so dringender Weise heran, daß zur Ausführung der gesetzlichen Regelung der Erlass eines allgemeinen Reichs-Eisenbahngesetzes, welches mit andern noch nicht spruchreifen Fragen zusammenhängt, nicht abgewartet werden kann. Die gesonderte Ordnung des Tariffwesens unterliegt keinem Bedenken, da dasselbe ohnehin eine getrennte Materie auf dem Gebiete der Eisenbahngesetzgebung bildet und einer unabhängigen Behandlung fähig ist.

N.L.C. Berlin, 14. Febr. Wie man uns mittheilt, ist der Zolltariffcommission gestern das Material zur Tabaksteuerfrage mit dem Auftrage zugegangen, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Aus der Provinz Sachsen sind beim Reichstage Petitionen mit 11300 Unterschriften wegen Abschaffung der obligatorischen und Einföhrung der facultativen Civilehe eingegangen. Die Kreuzzeitung spricht die Vermuthung aus, daß bei der gestrigen Präsidentschaftswahl im Reichstage seitens der National-Liberalen mit dem Centrum eine Verständigung stattgefunden habe. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die national-liberale Fraction über die Präsidentschaftswahl nach keiner Seite hin verhandelt hat. Die Boffische Zeitung berichtet, die National-Liberalen seien vor der gestrigen Sitzung entschlossen gewesen, zum zweiten Vizepräsidenten dem Abg. Lucius ihre Stimmen zu geben. Das ist unrichtig. Die national-liberale Fraction war von vornherein entschlossen, den bisherigen zweiten Vizepräsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg wiederzuwählen, und hat demgemäß auch gestimmt.

Dem Reichstage ist der Reichshaushaltsetat für 1879-80 mit sämmtlichen Specialsetats und einer Anleihevorlage für Post-, Telegraphen-, Marine-, Militär- und Münzwesen zugegangen. Der Etat ist in Ausgabe auf 549,187537 M., nämlich auf 423,285736 M. an fortdauernden Ausgaben und auf 125,901801 M. an einmaligen, und in Einnahme auf 549,187537 M. festgesetzt. Wir heben aus den Etats folgende Titel fortdauernder Ausgaben hervor: 1) Reichskanzler = 103780 M., 2) Reichskanzleramt = 2,154795, 3) Reichstag = 322000 4) Auswärtiges Amt = 6,335925, 5) Verwaltung des Reichsheeres = 324,079809, 6) Marineverwaltung = 26,767701, 7) Reichs-Justizverwaltung = 1,168040, 8) Reichsschatzamt = 3,159816, 9) Reichs-Eisenbahnamt = 260750, 10) Reichskanzleramt für Elsaß-Lothringen = 171760, 11) Reichsschuld = 9,082500; 12) Rechnungshof = 460798; 13) Allgemeiner Pensionsfonds = 17,784736; 14) Reichs-Invalidenfonds = 31,433326 M. Die einmaligen Ausgaben vertheilen sich: 1) Reichskanzleramt = 608504 M.; 2) Reichstag = 30000; 3) Auswärtiges Amt = 695000; 4) Post- und Telegraphenverwaltung = 10,203180; 5) Reichsheer = 45,801462; 6) Marine = 21,590010; 7) Justizverwaltung = 331200; 8) Schatzamt = 2,289247; 9) Eisenbahnamt = 180000; 10) Rechnungshof = 10000; 11) Eisenbahnverwaltung = 16,206326; 12) Münzwesen = 22,700000; 13) Ausgaben infolge des Krieges gegen Frankreich = 5,256872 M. Die Einnahmen stellen sich wie folgt: 1) Zölle und Verbrauchssteuern = 251,698360 M.; 2) Spielkartenstempel = 1,216000; 3) Wechselstempelsteuer = 6,577300; 4) Post- und Telegraphenverwaltung = 15,622958; 5) Eisenbahnverwaltung = 9,210000; 6) Oberhofbuchdruckerei = 180000; 7) Bankwesen = 1,505000; 8) Verschiedene Verwaltungseinnahmen = 7,246504; 9) Aus dem Invalidenfonds = 31,433326; 10) Ueberschüsse = 1,050000; 11) Münzwesen = 100000; 12) Zinsen = 5,505984; 13) Außerordentliche Zuschüsse = 115,796700; 14) Matricularbeiträge = 101,345405 M.

Dem Reichstage sind ferner vorgelegt worden: ein Gesetz betreffend die Erwerbung und bauliche Instandsetzung eines Grundstücks für das Gesundheitsamt (312000 M.), der Entwurf einer Gebührenordnung

für Rechtsgelehrten des ...  
Der d...  
sistungs...  
die in B...  
senen Anord...  
fügt neue...  
nern im p...  
seinerzeit...  
Thatsachen...  
Berlin scho...  
socialdemok...  
Zugung des...  
auf die Ver...  
kosten, nam...  
attentate ge...  
keit mit Be...  
des Kaiser...  
ergriffen, u...  
— Die...  
15. Febr...  
mark hat...  
mentarische...  
des Reichst...  
für Woche...  
Soirée statt...

Der T...  
richtet: „An...  
tens des I...  
stantinopel...  
Kerzte festz...  
krankungsfäl...  
— Auf G...  
wurde ver...  
zu Berlin 18...  
Die intern...  
dung, Orga...  
Ausbreitung...  
— Eine...  
englischen...  
zweiier ja...  
deutschen...  
Weise: ...  
Die Prinz...  
Sawa-no-M...  
deutschen...  
Fregatte Leip...  
dem Besuche...  
wurden diese...  
Ghrenbezeig...  
Prinzen über...  
übungen vor...  
sobann noch...  
entfernten...  
21 Kanonen...  
Preußen...  
von neuen...  
der Anlaß...  
anstellungen...  
bung, daß...  
minister...  
würden. Di...  
niß der am...  
können nur...  
— Die Ger...  
rechts im...  
Tage haben...  
jezt weiter...  
lebhafter...  
und dem...  
haltung des...  
höhenen...  
gänglich...  
further...  
gär nicht...  
alle Begründ...  
deliminister...  
meisters...  
Ein solch...  
schloffen, ...  
seitens des...  
der Reichslan...  
greinigt...  
— Die...  
14. Febr...  
daß möglic...  
für die...  
finden soll...  
— Aus...  
der Volks...  
hiesigen...  
wärtigen...  
suchung...  
schaften...  
staft...



für Rechtsanwälte; eine Zusammenstellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom Jahre 1878, ferner ein Entwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post und Telegraphen, der Marine, des Reichsheeres und zur Durchführung der Münzreform = 64,380422 M.

Der dem Reichstage nach Vorschrift des Socialistengesetzes zugegangene Reichenschaftsbericht über die in Berlin in Gemäßheit dieses Gesetzes getroffenen Anordnungen und die erfolgten Ausweisungen trägt neue Gründe den bereits vom Minister des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus entwickelten und seinerzeit mitgetheilten nicht hinzu, ebenso wenig neue Thatsachen. Es wird darin die Gefahr betont, welche Berlin schon an und für sich durch die Menge der socialdemokratischen Elemente darstellt; es wird der Zugang des Hrn. Haselmann hervorgehoben, es wird auf die Verbindungen mit auswärtigen Socialdemokraten, namentlich Nihilisten, hingewiesen; die Mordattentate gegen fremde Fürsten und die Nothwendigkeit mit Bezug auf die damals bevorstehende Rückkehr des Kaisers alle zulässigen Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen, werden betont.

Die »Tribüne« berichtet aus Berlin vom 15. Febr.: »Der Reichsanzler Fürst v. Bismarck hat für heute Einladungen zu einem parlamentarischen Diner an Mitglieder des Landtags und des Reichstags ergehen lassen. Am Sonnabend nächster Woche soll beim Fürsten die erste parlamentarische Soirée stattfinden.«

Der Deutsche Reichs-Anzeiger vom 14. Febr. berichtet: »Amtlichen Nachrichten zufolge haben die seitens des Internationalen Gesundheitsrathes in Konstantinopel nach Sanikowa bei Kanthi entsandten Aerzte festgestellt, daß die von dort gemeldeten Erkrankungsfälle ausschließlich Fleckentypus betreffen.«

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde verboten die im Verlage von Albert Eichhoff zu Berlin 1868 erschienene nichtperiodische Druckschrift: »Die internationale Arbeiterassociation. Ihre Organisation, Organisation, politisch-socials Thätigkeit und Ausbreitung. Von Wilhelm Eichhoff.«

Eine Nummer der in Yokohama veröffentlichten englischen Zeitung Japan Herald meldet den Besuch zweier japanesischer Prinzen an Bord eines deutschen Kriegsschiffes in folgender feierlicher Weise:

Die Prinzen Higashi Fushimi-no-Miya und Kita Schisa Kawa-no-Miya begaben sich in Begleitung des kaiserlich deutschen Geschäftsträgers Hrn. v. Gutschmid an Bord der Fregatte Leipzig. Da die Prinzen gewünscht hatten, daß dem Besuche kein offizieller Charakter gegeben werde, so wurden dieselben ohne die bei förmlichen Besuchen üblichen Ehrenbegegnungen empfangen. Kapitän Paschen führte die Prinzen über das ganze Schiff und ließ einige Artillerieübungen vor ihnen vornehmen. Nachdem die Herrschaften sodann noch einige Erkundigungen zu sich genommen hatten, entfernten sie sich gegen 11 Uhr unter einem Salut von 21 Kanonenschüssen.

Preußen. X Berlin, 14. Febr. Die Annahme von neuen Verhandlungen mit Rom hat bereits wieder Anlaß zu allerlei irrigen Meldungen und Vermuthungen gegeben. Dahin gehört z. B. die Meldung, daß directe Verhandlungen zwischen dem Cultusminister Falk und dem Cardinal Rina gepflogen würden. Diese Meldung beruht auf völliger Unkenntnis der amtlichen Formen. Derartige Verhandlungen können nur durch den Reichsanzler geführt werden.

Die Gerüchte über die Ministerkrisis sind bereits im ganzen verneint. Die beiden verflochtenen Tage haben dieses Dementi nur bestätigt. Ich kann jetzt weiter versichern, daß die Behauptung, es hätten lebhaftere Erörterungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Handelsminister Maybach in Betreff der Haltung des letztern gegenüber dem inzwischen aufgehobenen Verbot der Frankfurter Zeitung stattgefunden, gänzlich grundlos ist. Die Angelegenheit der Frankfurter Zeitung ist zwischen den beiden Staatsmännern gar nicht zur Sprache gekommen. Ebenso ist ohne alle Begründung, was von der Empfindlichkeit des Handelsministers über die Betheiligung des Generalpostmeisters an den Eisenbahntariffragen erzählt wird. Eine solche Empfindlichkeit ist schon dadurch ausgeschlossen, daß die Zuziehung des Generalpostmeisters seitens des Reichsanzlers erst erfolgte, nachdem sich der Reichsanzler mit dem Handelsminister darüber geeinigt hatte.

Die Neue Preussische Zeitung schreibt unterm 14. Febr.: »In Landtagskreisen geht das Gerücht, daß möglicherweise eine Sommeression speciell für die Frage des Ankaufes von Privatbahnen stattfinden soll.«

Aus Frankfurt a. M. vom 12. Febr. wird der Volks-Zeitung berichtet: »Borgestern fand bei einem hiesigen Literaten, der im Verdacht steht, mit auswärtigen Socialisten Verbindung zu pflegen, Hausdurchsuchung statt, und wurden ihm verschiedene Briefschaften saigert.«

**Oesterreich-Ungarn.**

Die officiöse Wiener Abendpost schreibt unterm 13. Febr.: »Das wichtigste Ereigniß des Tages ist die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm gestern den Deutschen Reichstag eröffnet hat. Diese wichtige Kundgebung entwirft in erster Linie ein umfassendes Arbeitsprogramm für die Thätigkeit des Deutschen Reichstages, und in dieser Richtung wird sie insbesondere von der deutschen Presse nach Gebühr gewürdigt werden. Sie schließt aber daran eine Darlegung der auswärtigen Situation, welche die volle Bedeutung einer europäischen Thatsache beanspruchen darf. In nicht minder entschiedener Weise, als dies vor kurzem von englischer Seite geschehen, gibt Kaiser Wilhelm der Erwartung Ausdruck, daß die Durchführung des in Berlin geschaffenen Friedenswerkes zu einer Schlichtung der orientalischen Wirren, zur Schutze der Christen, zur Sicherung der Ruhe des türkischen Reiches und zur Wahrung des Friedens der Mächte Europas führen werde. In der Förderung dieses großen Friedenszieles und der Befestigung der Beziehungen der auswärtigen Mächte zu Deutschland und untereinander erblickt der Kaiser die Aufgabe, in deren Dienste er die große Macht, welche durch die Einigung Deutschlands in seine Hände gelegt wurde, zur Verwendung bringen will. Mit diesen Worten hat Kaiser Wilhelm Deutschland an die Spitze der europäischen Friedensmächte gestellt. Und bei der Machtstellung, welche Deutschland einnimmt und behauptet, ist diese Kundgebung mehr als eine Friedensbotschaft, sie ist zugleich eine Friedensbürgschaft.«

**Schweiz.**

Ueber das Brandunglück in Meyringen schreibt man der Frankfurter Zeitung aus Bern vom 11. Febr.: »Nabezu die Hälfte des Dorfes ist abgebrannt. Das Feuer brach fast in der Mitte des Dorfes, wie es heißt in einer Bäckerei beim Gasthof Zum Wilden Mann, aus, löschte dieses Hotel selbst ein und raste, vom Föhn getrieben, thalabwärts, alles auf seinem Wege vernichtend und noch zwei etwas vom Dorfe entfernt an der Bränigstraße gelegene Häusergruppen, Eisenbolgen und Hausen genannt, zerstörend; 120—130 Firsten (Häuser, Ställe, Stadel) liegen in Asche. Darauf folgende sehr heftige und lange andauernde Regengüsse zerstörten einen Theil der geretteten Fahrhabe, das Elend noch vergrößend. Sieben Stunden weit, das Haslithal und über den Brienzsee bis nach Interlaken hinunter trug der wilde Föhn angebrannte Dachschindeln und Papierstücke. Die Kirche, das Amtshaus, das Post- und Telegraphenbureau, das mehrere Jahrhunderte alte Landhaus (jetzt Gasthaus Zum Bären) der »freien Landschaft Hasli im Wyßland« sowie das Gemeindegewölbe blieben unversehrt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Meyringen, eine Gemeinde mit circa 3000 Einwohnern, von denen über 1000 auf das Dorf selbst fallen, liegt am Schlusse des sich beim obern Ende des Brienzsees öffnenden Haslithales. Von ihm gehen eine Anzahl interessanter Touristenwege aus, so über die Grimsel, die große Scheidegg, den Bränig. Es ist somit in seiner Existenz vielfach aus dem Fremdenverkehr angewiesen. Neben der Alpwirtschaft beschäftigt die Holzschneiderei eine Menge Hände. Nun hat in den letzten Jahren der Besuch der Touristen erheblich abgenommen; infolge der allgemeinen Krisis sind viele Holzschneider brotlos geworden; andererseits hat die Bevölkerung des Thales, die früher viel von Ueberschwemmungen gelitten, durch die Correction der Aare und ihre Zuflüsse, wilder Gebirgsbäche, erhebliche Opfer auf sich nehmen und sich dadurch in Schulden stürzen müssen. So ist das Unglück um so größer und schnelle Hülfe um so nothwendiger.«

**Italien.**

In Neapel waren Pestgerüchte verbreitet. Hierüber wird von dort der ausburger Allgemeinen Zeitung unterm 10. Febr. geschrieben:

Um beunruhigenden Gerüchten, die nicht zögern werden, sich auch ins Ausland zu verbreiten, sogleich entgegenzutreten, theilen wir folgende Aufklärung über angeblich bedenkliche Krankheitsfälle in Neapel mit. In den letzten Tagen hatte sich hier das Gerücht verbreitet, es seien die ersten Pestfälle vorgekommen — ein Gerücht, das in der bekannten rapiden Weise an Umfang und Insistenz zunahm. Heute veröffentlicht der erste der neapolitanischen Aerzte, Professor Cantani, eine Erklärung, deren nicht anzuzweifelnder Inhalt ist: daß jenes Gerücht theils Mißverständnis, theils Erfindung, und daß der Gesundheitszustand von Neapel gegenwärtig besser als jemals ist. Ein Gespräch des Professors Cantani mit zwei Kollegen über ein paar am 25. Dec. respective 9. Jan., tödlich verlaufene Fälle von Typhus mit Drüsenabscess — ein Gespräch, in welchem ohne Beziehung hierauf auch das Wort Pest ausgesprochen wurde, hat einem zufälligen Zuhörer Anlaß gegeben, eine aufregende Nachricht in Umlauf zu setzen. Noch an demselben Tage wurde von zwei Pestfällen gesprochen. Andern Tages rebete man von 12 Pestkranken in Bajä und die Provinzial-Sanitätsbehörde wendete sich an den Professor Cantani, um die Adresse des Krankenhauses am Posilip zu erfahren, wo er seine Patienten untergebracht haben sollte. Er konnte nur erwidern, was oben erzählt ist, und daß er weder am Posilip ein Krankenhaus, noch eine Spur von einem Pestkranken habe.

Infolge dieser Aufklärung ist denn auch heute wieder alles beruhigt. Strenge Quarantänemaßregeln sind ergriffen. Die Insel Nisida ist zum Quarantänelazareth bestimmt, und wenn dieses nicht genügen sollte, so wird ohne Zweifel dem Antrage Nicotera's gemäß, dem sich auch der Professor Cantani anschließt, noch eine andere sicher gelegene Insel dazu eingerichtet werden. Unter solchen Umständen wird Neapel, von dessen gutem Gesundheitszustande für den Westen Europas viel abhängt, in jeder wünschenswerthen Weise gesichert und vielleicht mehr als in gewöhnlichen Zeiten vor einer Krankheitsinvasion geschützt sein.«

**Frankreich.**

\* Paris, 13. Febr. Der hiesige Gemeinderath hat gestern folgenden Beschluß gefaßt: »Der Gemeinderath schließt sich den Bemühungen des Comité an, welches sich gebildet hat, um den ihrem Vaterlande zurückgegebenen Bürgern zu Hülfe zu kommen und Arbeit zu verschaffen, und verfügt: Dem Schatzmeister des von den Herren Victor Hugo und Louis Blanc präsidirten Comité, Hrn. Jourde, Director des Siècle, ist gegen einfache Empfangsbefcheinigung die Summe von 100000 Frs. auszahlbar.« — Paul de Cassagnac bemerkt dazu im Pays: »100000 Frs. vom Gemeinderath votirt! Eine öffentliche Subscription! Alles dies für die Leute, welche Paris in Brand gesteckt haben. Man glaubt zu träumen. Man bringt nicht nur die Schufte wieder zurück, sondern man zwingt auch noch die Steuerträger, welche von ihnen ausgeplündert, gebrandschaft, erwürgt worden sind, ihnen noch Geld zu geben. Wie wir früher die Milliarde für die Emigranten hatten, so haben wir jetzt die 100,000 für die Communards. Am Ende wird man ihnen noch eine Entschädigung dafür bewilligen, daß sie sich von Paris hatten wegbegeben müssen. Eine wahre Apotheose des Verbrechens!«

Der Römischen Zeitung wird aus Paris vom 13. Febr. geschrieben: »Sichern Vernehmen nach weigert sich der Herzog von Amale, die Stelle eines Generalinspecteurs anzunehmen. — Einer der Hauptanhänger der neuen Kirche des Paters Hyacinthe ist der ultraradicalen Deputirte Graf Douville-Maillofen, der 20000 Frs. zum Bau der neuen Kirche beisteuerte; derselbe gehört einer sehr alten französischen Adelsfamilie an, und wie es heißt, hat er es durchgesetzt, daß der pariser Gemeinderath die zum Bau einer größern Kirche dieser Richtung nothwendigen Gelder bewilligen wird. — Der Kammerauschuß für die Prüfung des Raquet'schen Antrages betreffs der Einführung der Ehescheidung hat sich gegen diesen ausgesprochen, weil die öffentliche Meinung gegenwärtig derselben nicht günstig gesinnt sei. Der Untersuchungsausschuß über die Polizeipräfectur vernahm heute den Deputirten Fovier und dessen Frau, Mayer, der Director der »Lanterne« ist, nebst andern Personen. Mayer's Aussagen stellten eine größere Anzahl von hohen Polizeibeamten in das schlimmste Licht. Der Polizeipräfect Sigot selbst soll sich seinen Beamten gegenüber gar zu vertrauensvoll zeigen. Marcère erhielt diesen Morgen über den Stand der Dinge Aufschlüsse; zugleich erfuhr er, daß er ebenfalls zu denen gehört, welche von der Polizeipräfectur überwacht werden.«

Aus Paris vom selben Tage wird demselben Blatte weiter geschrieben: »Wieder werden nächtliche Raubanfälligkeiten gemeldet. In der Rue Drouot, welche auf der einen Seite in den Boulevard Montmartre mündet, wurde ein Mann beraubt; in der Nähe der Kirche de la Trinité (Chaussée d'Antin) wurde der Schauspieler Worms vom Théâtre français angefallen; doch konnte er, da er sich zum Glück vor seiner Wohnung befand, sich in Sicherheit bringen, ehe dem Strolch seine Helfershelfer zu Hülfe kamen. Ganz unversehrt Betwegenheit legten die Straßenräuber gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr zwischen Saint-Ouen und Paris an den Tag. Sie rissen von dem Trittbret eines dort fahrenden Omnibus den Conducteur herab, verletzten ihm die Augen und beraubten ihn seiner Geldtasche. Der Kutscher hatte von der Sache nichts bemerkt und erst später fanden Leute, die des Weges kamen, den Unglücklichen. In Montmartre, im Faubourg Saint-Germain und in den Champs-Élysées wurden gestern Abend auch wieder mehrere Leute von verdächtigen Kerlen verfolgt, es gelang ihnen jedoch zu entkommen.«

**Rußland.**

Aus Petersburg vom 10. Febr. schreibt man der Wiener Abendpost: »In den litauischen Provinzen, deren Bevölkerung fast nur aus Russen, Litauern, Samogiten und Letten besteht, welche der polnischen Sprache nicht mächtig sind, war der Uebelstand, daß die Bischöfe sowie fast alle Geistliche katholischer Confession der polnischen Nationalität angehörten und, mehr oder minder mit der polnischen Emigration in Verbindung stehend, auf das Volk einen Einfluß auszuüben suchten, wie er der Regierung nicht angenehm sein konnte. Die Schwierigkeit des Verständnisses zwischen den polnischen Geistlichen und den nichtpolnischen Pfarrkindern führte in der letzten Zeit



dahin, daß zuerst einzelne Personen, dann Familien und endlich sogar ganze Gemeinden dem katholischen Glauben entsagten und zur russischen Kirche übergingen. Um diese Apostasien zu vermeiden, hat die Regierung beschlossen, in Petersburg ein zweites katholisches Seminar einzurichten, in welches nur junge Leute nichtpolnischer Nationalität aufgenommen werden sollen. Die Unterrichtssprache desselben wird die russische sein; außerdem soll daselbst auch litauisch, lettisch und deutsch gelehrt werden. Die ehemalige Residenz des Vicegouverneurs auf dem Katherinostawischen Prospect soll diesem Seminar zugewiesen werden. Die Zahl der nichtpolnischen Katholiken in den litauischen Provinzen beläuft sich nach officiellen Nachrichten auf 2,082,000, gegen 759,000 Polen, wozu noch 4,789,000 polnische Katholiken im Königreiche Polen kommen. Auch wird die Regierung für die erledigten litauischen Bischofsitze nur Geistliche nichtpolnischer Nationalität vorschlagen."

Königreich Sachsen.

Leipzig, 15. Febr. Der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg sind, von Schwerin kommend, gestern Mittag hier durch- und nach Altenburg zurückgereist.

Leipzig, 15. Febr. Laut einer vom königlichen Justizministerium an die Handelskammer gelangten Mittheilung sind von Sr. Maj. dem Könige zur Ergänzung der beim königlichen Handelsgericht im Bezirksgericht zu Leipzig eingetretenen Räden die Herren Albin Adernann, Franz Louis Schröder, Heinrich Karl Fabrig, Paul Gerischer, Alfred Döhlinger, Dr. Heinrich Theodor Gerike und Alfred Veder zu wirklichen Mitgliedern, die Herren Julius Eichorius, Gustav Ernst Heydenreich, Karl Robert Gruner und Ernst Heinrich Meyer zu stellvertretenden Mitgliedern des Handelsgerichts, beziehentlich anderweit, und zwar auf die Zeit bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Reichs-Justizgesetze, ernannt worden.

Leipzig, 15. Febr. Am 18. Febr. findet, wie die Leipziger Volks-Zeitung meldet, im hiesigen Eldorado eine Versammlung statt, um den Fortbildungsverein für Arbeiter, von dem schon die Rede war, zu constituiren. Der von einem Comité vorbereitete Statutenentwurf enthält (nach derselben Quelle) unter anderem folgende Bestimmungen:

Zweck des Vereins ist, seine Mitglieder in geistiger, sittlicher und gesellschaftlicher Hinsicht auszubilden und zu heben. Die Verfolgung politischer oder religiöser Zwecke irgendwelcher Richtung ist streng ausgeschlossen. Der Verein sucht seine Zwecke zu erreichen: durch Einrichtung von Unterrichtsstunden in den gewerblichen Hilfswissenschaften, sowie in Sprachen, Geschichte, Gesang, Turnen etc.; Beschaffung einer Bibliothek, Einrichtung eines Lesezimmers, Abhaltung regelmäßiger wöchentlich Vereinsabende, welche durch wissenschaftliche Vorträge oder durch Besprechung gemeininteressanter Gegenstände ausgefüllt werden, gesellige Zusammenkünfte und Veranstaltung größerer Festlichkeiten und Vergnügungen. Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Mann werden. An den Lehrkursen sowie an den Abenden, an welchen Vorträge abgehalten werden, können auch Minderjährige gegen Bezahlung eines monatlichen Beitrags von 50 Pf. teilnehmen. Jedes Mitglied hat bei seinem Eintritt eine Einschreibgebühr von 20 Pf. und einen monatlichen Beitrag (von wieviel?) zu zahlen. Ein besonderer Beitrag für den Unterricht wird nicht erhoben.

In Dresden gab sich ein Schüler der Annenschule den Tod, weil er von der Naturprüfungsprüfung zurückgewiesen worden war. Letztere war geschehen — auf Grund der Anordnungsverordnung zum Gesetz über höhere Schulen — infolge vorschriftswidriger Benutzung heimlich mitgebrachter schriftlicher Notizen bei der Klausurarbeit. Leider wieder ein trauriges Beispiel jenes falschen sogenannten „Ehrgefühls“, welches nicht vor einem ungesetzlichen Thun, wohl aber vor den unvermeidlichen äußeren Folgen eines solchen zurückschreckt!

Handel und Industrie.

Berlin, 14. Febr. Die Zahl der Postanweisungen aus Deutschland nach England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und umgekehrt, hat auch im Jahre 1878 eine weitere Zunahme erfahren. Im Jahre 1878 wurden besördert 126,000 Stück zum Gesamtbetrage von 9 1/2 Mill. Mark, dagegen 1877 rund 111,000 Stück zum Gesamtbetrage von 8 1/2 Mill. Am stärksten entwickelt ist der Postanweisungsverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika; 1878 wurden aus Deutschland abgesandt 23,400 Stück mit 2 1/2 Mill. M., während in Deutschland eingegangen 45,900 Stück mit 3 1/2 Mill.

Wien, 14. Febr. abends. Der in der heutigen Generalversammlung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank verlesene Rechenschaftsbericht ergibt dem Vorjahre gegenüber eine um 3 fl. geringere Jahresdividende; für das zweite Semester 1878 entfällt eine Quote von 23 fl. Die Bilanz der beiden Semester von 1878 wurde genehmigt, das erforderliche Absolutorium wurde erteilt. Bei den vorgeschlagenen Wahlen wurden Baron Wobianer, Bachmayr und v. Billeit wiedergewählt.

Bei der Allgemeinen Unfallversicherungsbank in Leipzig wurden im Januar 10 Todesfälle, 5 Unfälle, die den Berufstätigen Lebensgefahr bereiteten, 11 Unfälle, die ihrer Natur nach eine gänzliche oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen, und 597 Unfälle, aus welchen sich für die Beschädigten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vorherzusagen läßt, zusammen 623 Unfälle angemeldet.

Bremen, 14. Febr. Petroleum fct. (Schlußbericht.) Standard white loco 9,25, per März 9,25, per April 9,35, per Mai 9,40, per August-December 10,30.

Antwerpen, 14. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 23 1/2, bez. u. Br., per März 23 1/2, Br., per April 23 1/2, Br., per September-December 26 Br. Ruhig.

Glasgow, 14. Febr. (Roheisen.) Mixed numbers warrants 42 Sh. 9 D.

Kiortpool, 14. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig. Widdling Upland März-April-Erfahrung 5 1/2 D.

Kiortpool, 14. Febr. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochenumsatz 44000, desgl. von amerikan. 35000, desgl. für Speculation 2000, desgl. für Export 4000, desgl. für wirtl. Consum 38000, desgl. unmittelbar ex Schiff 6000, wirtlicher Export 4000, Import der Woche 95000, davon amerikanische 82000, Vorrath 458000, davon amerikanische 335000, schwimmend nach Großbritannien 379000, davon amerikanische 327000.

Mandaster, 14. Febr. (Garne.) 12r Water Armitage 6 1/2, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nicholls 7 1/2, 30r Water Giblow 8 1/2, 30r Water Clayton 8 1/2, 40r Rule Napoll 8 1/2, 40r Mebio Wilkinson 9 1/2, 36r Warpcoops Qualität Rowland 8 1/2, 40r Double Weston 9 1/2, 60r Double Weston 13, Printers 16, 20 8 1/2 pfd. 87. Ruhig.

Börsenberichte.

Berlin, 15. Febr., 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscurs. Def. Creditact. 395,50, Def.-Franz. Staatsb. 428,—, Def. Südbahn (Lomb.) 116,50, Berg.-Märk. 77,50, Köln-Mindener 105,—, Galiz. Karl-Ludwigb. 96,25, Rhein. 107,25, Rumän. 28,75, Disconto-Comm. 127,50, Königs- und Laurahütte 66,75, Def. Lose v. 1860 110,25, do. Goldrente 65,—, do. Silberrente 54,80, do. Papierrente 54,—, Russ. Anl. v. 1877 83,90, do. Bantn. 194,—, Deutsche B.—, Ung. Goldrente 72,20, Tendenz: matt.

Aus Wien bekannte Kurse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Def. Creditact. 221,10, Def.-Franz. Staatsbahnact.—,—, Def. Südbahn (Lomb.)—,—, Galiz. Karl-Ludwigb. 221,—, Def. Goldrente —,—, Deutsche Marknoten 57,60, Napoleonsd'or 9,33. Tendenz: geschäftlos.

Berlin, 14. Febr., 2 Uhr 55 Min. Fonds. Deutsche Reichsanleihe 96,—, 4 1/2 proc. preuß. consol. Anl. 105,10, Sproc. sächs. Rente 73,20, Def. 1860er Lose 110,40, do. Papierrente 54,—, do. Silberrente 54,90, do. Goldrente 65,—, Ungar. Goldrente 72,70, Russ. consol. 1877er Anl. 84,40, do. Prämienanleihe 141,10.

Banckactien. Allg. Deutsche Creditanst. 113,75, Chemn. Bank. 75,—, Koburger Cred. 68,30, Darmst. B. 115,25, Deutsche B. 100,30, Deutsche Reichsb. 153,—, Disconto-Comm. 128,—, Dresd. B. 101,50, Sprotter B. 78,25, do. Handels- u. Creditb. 48,75, Gotbar. B. 86,40, Leipziger Discontogel. 67,75, Meining. Creditanst. 72,30, Oberlaus. B. 66,—, Sächs. B. 102,10, Sächs. B. 24,—, Thüring. B. 74,50, Weimar. B. 33,—, Def. Creditanst. 397,—, Industriearctien. Eisenhütten 92,—, Königs- u. Laurahütte 66,40.

Eisenbahnactien. Aufg.-Leipz. 137,—, Berg.-Märkische 77,90, Berlin-Anh. 88,—, Berlin-Potsd.-Magdeb. 80,—, Breslau-Schweidnitz-Freib. 64,25, Berlin-Stettin 96,25, Köln-Minden 105,50, Galiz. Karl-Ludwigb. 96,—, Halle-Serau-Guben 15,50, Magdeb.-Halberst. 124,75, Mainz-Ludwigsh. 69,75, Oberschles. La. A 122,—, Prag-Turnau 37,60, Def.-Franz. Staatsbahn 43,50, do. Nordwestb. 196,—, do. sächs. Staatsb. 118,—, Rhein. 107,50, Rumän. Stammact. 28,75, do. Stammprior. 83,50, Thür. 113,90, Weimar-Gera 33,—.

Sorten. Napoleonsd'or 16,18 1/2, Def. Bantnoten 173,60, do. Silbergulden —,—, Russ. Bantnoten 194,40.

Wechsel. Petersburg l. S. 193,90, do. 3 M. 193,40, Wien l. S. 173,50, do. 2 M. 172,30.

Frankfurt a. M., 14. Febr. Schlußcurs: Londoner Wechsel 20,430, Wiener Wechsel 173,70, Sproc. Sächsische Rente 73 1/2, Def. Papierrente 54, do. Silberrente 54 1/2, do. Goldrente 64 1/2, Staatsb. 215 1/2, Lomb. 58, Galiz. 191 1/2, Def. Creditact. 198, Darmst. Banckactien 115 1/2, Deutsche Reichsbant 153 1/2.

Wien, 14. Febr. Schlußcurs. Papierrente 62,40, Silberrente 63,40, 1860er Lose 114,70, Nordwestb. 112,50, Banckact. 795,—, Creditact. 221,60, Anglo-Russ. Banck 98,—, London 117,10, Silberagio 100,—, Ducaten 5,56, Napoleonsd'or 9,33, Galiz. 220,70, Staatsbahn 248,50, Lomb. 67,50, Goldrente 75,10, Deutsche Reichsbant 67,65.

Hamburg, 14. Febr. Silberrente 54 1/2, Goldrente 64 1/2, Creditact. 198 1/2, 1860er Lose 110 1/2, Franz. 537, Lomb. 144 1/2, Ital. Rente 74 1/2, 1877er Russen 84, Vereinsb. 121 1/2, Laurahütte 65 1/2, Commerzb. 102 1/2, Norddeutsche 136 1/2, Intern. Bl. 84 1/2, Amerik. 96 1/2, Köln-M. 105 1/2.

Paris, 14. Febr., 3 Uhr nachm. Sproc. amortisirb. Rente 80,02 1/2, Sproc. Rente 77,40, 1872er Anleihe 112,67 1/2, Ital. Sproc. Rente 74,75, Def. Goldr. 65 1/2, Ung. Goldr. 72 1/2, 1877er Rente 86, Franz. 533,75, Lomb. 151,25, do. Prior. 242,—, 1866er Lärten 12,50, 1869er 80,—, Lärtenlose 49,20.

London, 14. Febr. Consols 96 1/2, Ital. Sproc. Rente 74 1/2, Lomb. 6, Sproc. 1871er Russen 84 1/2, do. 1872er 83 1/2, do. 1873er 83 1/2, Silber —, 1865er Lärk. Anl. 12 1/2, 1869er do. —, Sproc. Amerik. 106 1/2, Def. Silberrente —, Papierrente —.

Berlin, 14. Febr. Weizen per loco 150—190, per Frühl. 173,50, per Juni-Juli 179,50. Roggen: loco 121,—, per diesen Monat 121,50, per Frühjahr 121,—, per Mai-Juni 121,—, Altbidg.: —, Tendenz: ruhig. Spiritus: loco 51,30, per März 51,30, per Frühjahr 52,10, per Mai-Juni 52,30, Altbidgung: 1, Tendenz: still. Rüböl: loco 57,—, per diesen Monat 56,70, per Frühjahr 57,50, per Mai-Juni 57,70, Altbidg.: 6, Tendenz: matter. Safer: per Frühjahr 114,50, per Mai-Juni 116,50.

Leipziger Productenbörse vom 15. Febr. mittags 1 Uhr. Witterung: Schneewetter. Weizen per 1000 Ko. netto loco 175—180 M. bez., geringer 155—165 M. bez. u. Br.; unverändert. Roggen per 1000 Ko. netto loco 134 M. bez., fremder 118—124 M. bez. u. Br.; unverändert. Gerste per 1000 Ko. netto loco feinste Sorte 170—175 M. bez., Landwaare 145—150 M. bez., geringe 120—125 M. bez. Safer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 128 M. bez., fremder 120—124 M. bez. n. Br. Mais per 1000 Ko. netto loco ungarischer 120 M. bez. Raps per 1000 Ko. netto loco 255 M. bez. Rapskuchen

per 100 Ko. netto loco 14 M. Br. Rüböl per 100 Ko. netto loco 55,50 M. bez., per April-Mai 56 M. Br.; unverändert. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Faß loco 50,80 M. Br.; niedriger.

Kreipzig, 15. Febr. Infolge ungünstiger auswärtiger Kurse war auch hier die Tendenz der Börse eine mattere und Curstehgänge vorherrschend.

Sächsische, Preussische und Reichsrente unverändert, Oesterreichische und Russische Anleihe etwas billiger offerirt. Namentlich lebhaft waren Eisenbahnactien, namentlich Thüringer und Potsdamer höher, Bergische, Rheinische, Anhalter und Stettiner unverändert, Turnauer, Buschtiebrader und Rumänier niedriger.

Auch Banckactien waren größtentheils niedriger als Leipziger Credit, Berliner Disconto, unverändert Sächsische und Leipziger Bank, höher Sprotter Bank und Sprotter Credit. Deutsche Prioritäten unverändert gesucht, dagegen waren heute die Oesterreichischen Favoritpapiere als Buschtiebrader, Turnauer, Pilsen-Briefener, Prag-Duxer und Bodenbacher niedriger, doch wurde Oesterliches gern genommen. Kammgarn höher, Ärgens unverändert gesucht.

Neueste telegraphische Depeschen.

Wien, 15. Febr. Das Fremdenblatt berichtet, es sei gelungen, die Schwierigkeiten, welche sich der Constituirung eines Ministeriums Stremayr entgegenstellten, zu beseitigen, die Wiener Zeitung werde schon am Sonntag die Ernennungen publiciren. Die „Presse“ meldet aus Teplitz, eine an die Bewohner erlassene Kundmachung besage, nach dem Gutachten der geologischen Commission sei die Urquelle wol gesunken, aber nicht verloren; die ausgebliebenen Dämpfe stellten sich im Laufe des Nachmittags wieder ein, ebenso stieg die Temperatur wieder auf 36 Grad; man habe große Hoffnung auf das Wiedererscheinen der Quelle im Steinbade; die Schlangenbad- und Neubadquellen seien intact.

Teplitz, 14. Febr. abends. In der heute Abend stattgehabten Sitzung des Magistrats erstattete Professor Dr. Raube über das Ergebnis der heutigen Besichtigung der Thermalgebiete bis zum Döllinger Schacht Bericht. Derselbe erklärte, daß durch die Zunahme der Temperatur des zufließenden Wassers der Zutritt von Thermalwassern constatirt werde, daß indeß die Ursache, daß die Temperatur in den letzten 24 Stunden nicht mehr gestiegen sei, zu der Annahme berechtige, daß ein weiteres Hinzutreten warmen Wassers nicht weiter stattfinden. Auch gewährt die heute Nachmittag in der Urquelle hervorgetretenen Fluctuationsercheinungen die beruhigende Ueberszeugung; daß das Wasser dort keinesfalls tief gesunken sein könne. Der Statthalter von Böhmen ist heute Abend hier eingetroffen.

Paris, 14. Febr. abends. Wie aus Deputirtenkreisen verlautet, dürfte die Amnestievorlage der Regierung mit einer erheblichen Majorität von der Kammer angenommen werden, nur ein Theil der Opposition dürfte mit den Intransigenten für Gewährung voller Amnestie stimmen. Die für die Vorberathung des Gesetzentwurfs eingesetzte Commission berich heute Morgen unter Zuziehung der Minister des Innern und der Justiz über die Amnestievorlage und genehmigte dieselbe mit zwei unerheblichen Änderungen, mit welchen die Minister sich einverstanden erklärt hatten. Zum Berichterstatter wurde Andrieux gewählt, der seinen Bericht in einem der bevorzugen günstigsten Sinne erstatten wird. In Bezug auf den Beschluß des Municipalrathes, für die heimkehrenden Amnestirten einen Credit von 100000 Frs. zu bewilligen, meldet der National, die Regierung habe sich mit dem Beschlusse beschäftigt. Es heißt, die Regierung ziehe die Frage in Erwägung, ob es notwendig sei, den gedachten Beschluß zu cassiren. Ueber eine bereits von der Regierung gefaßte Entschlußung ist noch nichts bekannt.

Paris, 15. Febr. Das Journal officiel veröffentlicht eine neue Note, nach welcher die Provenienzen von den osmanischen Küsten in französischen Häfen des Mittelmeeres, des Atlantischen Meeres und des Kanals selbst bei ordnungsmäßigem Gesundheitsattesten als verdächtig behandelt und dem französischen Reglement für Schiffe mit verdächtigem Gesundheitsattesten unterworfen werden.

London, 14. Febr. abends. Oberhaus: Auf eine Anfrage Lord Carnarvon's erklärte der Lordpräsident des Geheimrathes, Herzog v. Richmond, England habe, wie Deutschland und Oesterreich, bei Russland um die Erlaubnis nachgesucht, einen Ausbruch in die von der Epidemie heimgesuchten Gegenden zu dürfen. Die Quarantäne sei für Malta nicht aber für Gibraltar angeordnet worden, eine Einschleppung der Epidemie stehe vorläufig nicht befürchtet.

London, 14. Febr. abends. Im Unterhause erwiderte Unterstaatssecretär Bourke auf eine Anfrage Bait's, das französische Rundschreiben vom 21. Oct. v. J. in Betreff Griechenlands sei allen Mächten mit Ausnahme der Türkei zugegangen.

Leipziger Börse... Amsterdam... Deutsche... Eisenb.-Stam... Neues... Ferdinand...



Leipziger Börse.

15. Febr.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities with columns for title, interest rate, and price.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for various banks like Brüssel, London, and Reichsbank.

Sorten.

Table listing different types of securities and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway company shares and their prices.

Table listing various stocks and their prices.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing various stocks and their prices.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing various stocks and their prices.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing various stocks and their prices.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Table listing bank and credit shares.

Table listing industrial shares.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Sonntag, 16. Febr. Don Juan. Oper in 2 Acten von Mozart. (47. Abonnements-Vorstellung.)
Altes Theater. Sonntag, 15. Febr. (3 Uhr Nachmittags. Zu ermäßigten Preisen. Volkstümliche Vorstellung.) Romeo und Julia. Tragödie in 5 Acten von Shakespeare.
Uebersetzt von A. W. v. Schlegel. (Ausgabe der deutschen Schafepare-Gesellschaft.) - (7 Uhr Abends.) Doctor Klaus. Lustspiel in 5 Acten von Adolf Pfrange.
Herrn von Klaus, Herr Dr. August Förster.



**Landw. Institut der Universität Leipzig.**  
 Der Anfang des Sommer-Semesters ist auf den 21. April festgesetzt. Programm und Stundenplan vom Unterzeichneten zu beziehen.  
 (H 3672) Professor Dr. Blomeyer.

Zur bevorstehenden Ostermesse wird in der Nähe des **Messlocal**, Marktes ein für Galanteriewaaren geeignet, zu miethen gesucht. Offerten sub S. F. 478 befördert die Annoncen-Expedition von S. Koralk, Berlin S., Annenstr. 26. [422]

**Technicum Mittwelda.**  
 (Sachsen.) — Höhere Fachschule für Maschinen-Ingenieure und Werkmeister. Vorunterricht frei.  
 Aufnahmen: Mitte April u. October.

(Attest.) Vor 40 Jahren (von Jugend auf) litt ich am **chronischen Magenkatarrh**, wodurch meine Gesundheit so zerrüttet war, daß ich mich fast genöthigt sah, mein Kirchschulamt niederzulegen.  
 Die Ärzte erklärten meine Krankheit für unheilbar. In dieser Noth wandte ich mich an Herrn B. Mit dem 1. Januar begann ich mit dessen Kur und heute am 16. Februar d. J. kann ich schon sagen, daß ich mich bedeutend wohler fühle, als vorher u. s. w. — Niedertrink b. Kirchberg (Sachsen), 16. Februar 1877.  
 Theodor Filling, Lehrer und Organist.  
 Weitere Atteste aus allen Provinzen, sowie alles Nähere sendet kühnlich Leidenden franco und gratis J. J. F. Popp, Specialist für Magen und Darmkatarrh, Heide (Holstein). (310-12)

# Sächsische Bank zu Dresden.

Die Actionäre der Sächsischen Bank zu Dresden, welche fünf oder mehr Actien besitzen, werden unter Bezugnahme auf die Bestimmungen in §§ 27 bis 36 der Statuten hierdurch eingeladen, zu der am **Montag, den 17. März 1879, Vormittags 10 Uhr,** im Saale des **Weinhold'schen Stablissemments in Dresden, Moritzstraße Nr. 16,** abzuhaltenen diesjährigen **ordentlichen Generalversammlung** sich einzufinden und ihre Stimmberechtigung durch Production der Actien bei den an den Eingängen des Sitzungssaales expedirenden Herren Notaren nachweisen zu wollen.  
 Nach dem 1. Nachtrag zu § 30 der Statuten können jedoch die Actien vom 10. bis mit 15. März dieses Jahres auch bei der **Bank** oder ihren Filialen zu **Leipzig, Chemnitz, Zittau, Meerane, Reichenbach i. V., Annaberg und Glauchau** oder bei **Herrn S. Bleichroeder in Berlin, Herrn F. Mart. Magnus daselbst, Herren Sal. Oppenheim Jr. & Co. in Köln, Herren M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M.** deponirt werden und genügt solchenfalls eine Bescheinigung der Bank-Direction oder einer Filiale oder eines der nur benannten Bankhäuser zur Legitimation der Actionäre für die Generalversammlung. Die deponirten Actien werden vom **18. März d. J.** gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigung an den Stellen, an welchen die Deposition erfolgt ist, wieder ausgehändigt.  
 Als **Gegenstände der Tagesordnung** sind zu bezeichnen:  
 1) Vortrag des Jahresberichtes und Jahresabschlusses pro 1878, sowie Ertheilung der Decharge an die Verwaltung,  
 2) Beschlußfassung über die Bilanz des Jahres 1878 und Bestimmung über die Höhe und Zeit der Auszahlung der an die Actionäre zu vertheilenden Dividende,  
 3) Neuwahl für die durch das Ableben der Herren Geh. Commerzientath **Richard Hartmann** in Chemnitz und Rittergutsbesitzer **Rudolph Freiherr von Magnus** auf Drehfa erledigten und nach § 17 Absatz 4 der Statuten durch den Verwaltungsrath nur provisorisch zu besetzenden Stellen im Verwaltungsrathe.  
 Das **Versammlunglocal** wird  $\frac{1}{2}$  9 Uhr geöffnet und punkt 10 Uhr geschlossen werden.  
 Dresden, am 11. Februar 1879.

## Zur letzten Ziehung der 1. t. 1879er Staats-Lose!

Die so beliebten **Breslauer Schweidnitzer-Keller-Büchsen** versendet täglich frisch — die anerkannt bestrenommierteste Buchfabrik von **August Herrmann, Breslau, Schweidnitzerstr. 33.** Detail-Verkauf: bei Herrn **Robert Strözel, Leipzig, Grimmaischer Steinweg 51.** (388-29)

am **1. März 1879** welche unbedingt mit Treffer gezogen werden müssen, verkaufen wir mit deutschem Stempel:  
 Ein ganzes **Reichsmark Original-Los** ..... **1500**  
**1 Fünftel** ..... **330**  
**Haupttreffer 315.000 M. = 630.000 Rm.**  
**Gesamtgewinn über 9 Millionen Gulden.**  
 Rieten existiren bei diesen Losen nicht, jedes Los muß mit Treffer gezogen werden. — In 100 Jahren ereignet es sich nur einmal, daß ein Staats-Los an seinen Ende geht, möge daher Jedermann diese seltene Gelegenheit benutzen und dem Staate die Ehre thuen.  
**NYTRAI & Co.,** Bankhaus, [429] Wien, Kärntnerstraße 16.

**Sächsische Bank zu Dresden.**  
 Der Verwaltungsrath. **Ernst Rülke.**  
 Die Direction. **Wanschaff. Koehne.** [427]

**Die Oeffentliche Handelslehranstalt zu Leipzig,** deren **Helfzeugnisse zum einjährig-freiwilligen Militairdienste berechneten**, beginnt am **18. April** ein neues (das 49.) Schuljahr. — Prospekte der Anstalt, sowie weitere Auskunft wolle man von dem Unterzeichneten verlangen. [322-26] Leipzig, im Februar 1879. **Carl Wolfrum, Director.**

Annoncen-Expedition von **G. L. Daube & Co.** Central-Bureau in Frankfurt a. M. General-Agent für Leipzig: **F. W. Beckmann, Nikolaisstr. 51.**

Verlag von **F. A. Brockhaus in Leipzig.**  
**Etymologisches Wörterbuch der Turko-Tatarischen Sprachen.**  
 Ein Versuch zur Darstellung des Familienverhältnisses des turko-tatarischen Wortschatzes.  
 Von **Hermann Vámbéry.**  
 8. Geh. 8 M.  
 Der bekannte Verfasser, Professor der orientalischen Sprachen und Literaturen an der Universität zu Budapest, hat bei Abfassung des vorliegenden Werks alle vorhandenen Quellen durchforscht, besonders aber auch die persönlichen Erfahrungen, werthet, die er während seines jahrelangen innigen Verkehrs mit Ost- und Westtürken zu sammeln Gelegenheit hatte. [428]

**Leipziger Tageskalender vom 16. Februar.**  
 Del Vecchio's Kunstausstellung, Markt 10, Kaufhalle, 10-3 Uhr.  
 Volksbibliothek I. (4. Bürgerstraße, Alexanderstraße) Vorm. 11-12 U.  
 Volksbibliothek II. (1. Bürgerstr.) 11-12 U.  
 Volksbibl. III. (alt. Nicolaischulg.) 11-12 U.  
 Volksbibliothek IV. Ritzerg. 6. II.) 11-12 U.  
 Städtisches Museum,  $\frac{1}{2}$  11-3 Uhr (freier Eintritt).  
 Zoologisches Museum im Augusteum 11 bis  $\frac{1}{2}$  2 Uhr geöffnet.

**Archäologisches Museum, Freibricianum an der ersten Bürgerstraße, 10-12 Uhr.**  
**Neues Theater.** Besichtig. d. innern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.  
**Kunst-Gewerbe-Museum und Vorbildersammlung für Kunstgewerbe,** Thomaskirchhof 20, Sonn- 10 bis 1, Mont., Mittw. u. Freit. 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet. — Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgew. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags  $\frac{1}{2}$  12- $\frac{1}{2}$  1 Uhr.  
**Telegraphenanstalten:**  
 1. Kaiserl. Telegraphenamts (mit ununter-

**Grosses Ehrendiplom. — Goldene Medaille Paris 1878. —**  
**H. NESTLÉ'S KINDERMIEHL.**  
 Grosses Ehren-Diplom. [2015-26]  
 Goldene Medaillen von verschiedenen grossen Ausstellungen.  
 Zahlreiche Zeugnisse der ersten medicinischen Autoritäten.  
 Fabrik-Marke.  
**Vollständiges Nahrungsmittel für Kinder im ersten Alter.**  
 Ersatz bei Mangel an Muttermilch, erleichtert das Entwöhnen, leicht und vollständig verdaulich.  
 Zum Schutz gegen die zahlreichen Nachahmungen führt jede Büchse die Unterschrift des Erfinders **Henri Nestlé.**  
 In allen Apotheken und Drogen-Handlungen vorrätzig.  
 General-Depôt: **R. H. Paulcke, Engel-Apothek, Leipzig.**

brochenem Dienst bei Tag und Nacht)  
 Kleine Fleischergasse 5.  
 2. Telegraphenamt auf d. Börse, Markt (geb. 11 U. B. — 3  $\frac{1}{2}$  U. Nachm.)  
 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustushpl.  
 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnh.  
 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Vairischen Bahnh.  
 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Ritzgasse.  
 7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Weststraße.  
 8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Markt, Steinw.  
 9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahnh.  
 (Die unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)

Ein junger Mann, der gute Zeugnisse aufzuweisen hat, mit der doppelten Buchführung und Correspondance vollständig vertraut ist, sucht zum 1. April or. Stellung. Besüßl. Offerten unter **A. P. bei Haasenstein & Vogler, Stettin.** (H. 1110a) [423-25]

Jeder Gummiartikel billiger u. schöner als sonst. **H. NESTLÉ'S GUMMI-FABRIK.** Import v. Paris. Gummiartikel besonderer Specialitäten. Besondere Sorgfalt bei der Herstellung. Besondere Sorgfalt bei der Verpackung. Preislisten gratis.

**Familien-Nachrichten.**  
 Verlobt: Hr. **Rudolf Krippenpapp** in Wiesdruff mit Frä. **Agnes Funke.**  
 Getraut: Hr. **Ernst Bredt** in Leipzig mit Frä. **Luise Prössel** aus Gevern. — Hr. **Hauptmann a. D. Alalbert Töpfer** in Wiesbaden mit Frä. **Martha Wählmann.**  
 Geboren: Hr. **Major Haberland** in Freiberg eine Tochter. — Hr. **Karl Gornisch** in Avenant eine Tochter. — Hr. **Oberlehrer Hilbner** in Wiesdruff ein Sohn.  
 Gestorben: Frä. **Laura Eberhard** in Schedewitz. — Hr. **Friedrich August Heintz** in Leipzig. — Hr. **Med. pract. Friedrich Gustav Herrmann** in Wittgensdorf. — Hr. **Friedrich Karl Sperling** in Leipzig. — Frä. **Pauline Voigt** in Langenleuba.